Neue Forschungen über die Entstehung des Kurkollegs.

Von

Gerhard Seeliger.

I.

Nachdem Maurenbrecher seine anziehende Geschichte der deutschen Königswahlen veröffentlicht (1889) und diese eine Seite der Verfassungsbildung von allgemeineren Gesichtspunkten aus im Zusammenhang mit den Momenten der politischen Entwicklung überhaupt erörtert hatte, war — abgesehen von einem Aufsatz Rodenbergs¹⁾ — während einiger Jahre die Kurfürstenfrage nicht behandelt worden. Erst das Jahr 1893 brachte uns fast gleichzeitig wieder zwei Schriften: die Arbeit eines Anfängers²⁾ und die Studie eines auf dem Gebiete der mittelalterlichen Geschichtsforschung längst erprobten Gelehrten³⁾. Kirchhöfer wollte vornehmlich über die bisher geäußerten Ansichten kritisch referieren, Lindner dagegen „eine neue und endgiltige Lösung“ geben.

Es ist gewiss nicht leicht, sich in der weitschweifigen Litteratur der Kurfürstenfrage zurechtzufinden. Kirchhöfer hat sich mit den älteren Ansichten und mit den Quellen in gleicher Weise vertraut gemacht und seine Schrift verdient in dieser Hinsicht volle Anerkennung.

---

¹⁾ Ueber wiederholte deutsche Königswahlen im 13. Jahrhundert. Gierkes Untersuchungen z. Staatsg. Heft 28, 1889.

²⁾ Kirchhöfer, Zur Entstehung des Curcollegiums. Halle 1893.

³⁾ Th. Lindner, Die deutschen Königswahlen und die Entstehung des Kurfürstenthums. Leipzig 1893.

Die Ausführungen zeigen von Fleiss und kritischer Schulung, aber die Wissenschaft nennenswert zu fördern, vermochten sie nicht. Denn die umständlichen Zusammenstellungen der verschiedenen Ansichten — selbst der alte Gemeiner wird mitunter berücksichtigt — erfüllen m. E. kein wissenschaftliches Bedürfnis. In anderem Zusammenhang werde ich auf Manches zurückkommen, hier möchte ich zunächst zwei Punkte aus K.s Buch hervorheben. Einmal die allerdings etwas unsicher geäußerte Vermutung (S. 39. 44), dass schon im 12. Jahrhundert „die grossen Fürsten als solche in den ersten Stellen das Wahlrecht ausübten“, d. h. vor der Masse der weltlichen Wähler abstimmten. Dann den Gedanken, dass im 13. Jahrhundert die Bildung der sieben Wahlfürsten aus dem Bedürfnis nach bestimmten Wahlzeugen bei der römischen Kurie erwachsen sei, dass auf Grund einer päpstlichen Forderung die Zeugnisfähigkeit einiger Fürsten ausgebildet wurde, dass hierauf diese Zeugnisfähigkeit ihren Inhabern einen Vorrang bei der Wahl verschafft und endlich den Vorrang in das ausschliessliche Kurrecht verwandelt habe (S. 68 ff.).

Beiden Annahmen gegenüber glaube ich mich ablehnend verhalten zu müssen. Die erstere, welche ähnlich schon Tannert vortrug, entbehrt einer eigentlichen Begründung und bedarf deshalb keiner weiteren Widerlegung. Die andere geht von der bekannten Stelle aus, die sich zuerst im sog. *Auctor vetus de beneficiis* vorfindet und meldet, dass die sechs Fürsten, welche die ersten an der Kur seien, den König nach Rom zu begleiten und dem Papste die Rechtmässigkeit der Wahl zu bezeugen hätten. Diese Stelle bringt Kirchhöfer mit einer Aeusserung Innocenz' vom Jahre 1209 in Verbindung. Auf Ottos Bitten um die Kaiserkrönung nämlich, die nach der allgemeinen Anerkennung des Welfen in Deutschland von einem Notar und einem Magister der Kurie überbracht worden waren, hatte damals Innocenz zwar huldvoll geantwortet, aber die Bemerkung beigefügt, dass in solchem Falle einem alten Brauche zufolge eigentlich einige der angesehensten Fürsten (*magni principes*) hätten abgesandt werden sollen¹⁾. Der Papst habe also — das ist etwa der Gedankengang Kirchhöfers — die Zeugnisfähigkeit auf die „*magni principes*“ beschränkt und, dadurch angeregt, sei bald darauf in Deutschland die Ansicht ausgebildet worden, dass sechs Fürsten allein diese Zeugnisfähigkeit besässen. Warum es sechs und gerade diese sechs waren, das bietet naturgemäss einer Erklärung die gleichen Schwierigkeiten wie die Frage nach einer Erlangung von Vorrechten bei der Wahl. Und meiner

¹⁾ Vgl. Ficker-Winkelmann 6052.

Meinung nach sind Kirchhöfers diesbezügliche Versuche S. 71 f. wenig überzeugend. Aber noch ein Weiteres ist hier vor allem zu betonen: die Ansicht, dass die Zeugnisfähigkeit das Kurrecht begründet habe, scheint mir unhaltbar zu sein. Es geht nicht an, die berührte Aeusserung des Papstes von 1209 und die Bemerkung des Auctor vetus einfach auf dasselbe zu beziehen. Der Auctor spricht von den notwendigen Begleitern des Königs auf der Romfahrt, der Papst von den Boten, welche die Wahlanzeige und die Bitte um die Kaiserkrönung überbringen. Es handelt sich also um Wahlzeugen, die bei verschiedenen Gelegenheiten in Rom zu wirken hatten, und jedenfalls ist die Annahme unstatthaft, dass eine Zeugnisfähigkeit, wie sie Innocenz im Jahre 1209 von „magni principes“ begehrte, auf die sechs Fürsten des Auctor beschränkt gewesen sei. Im Jahre 1220 ward der Reichskanzler mit der Wahlanzeige nach Rom geschickt, und ähnliches begegnet später. Von einem ausschliesslichen Recht der sechs, bei der römischen Kurie allein Zeugnis von der Rechtmässigkeit der Königswahl ablegen zu dürfen, darf keine Rede sein — abgesehen von der höchst zweifelhaften Glaubwürdigkeit dieser ganzen Meldung des Auctor und seiner Nachfolger. Damit fällt Kirchhöfers Ansicht. Die umgekehrte Entwicklung werden wir für richtig halten. Nicht eine zuerst entstandene Zeugnisfähigkeit gewisser Fürsten schuf die Wahlvorrechte, sondern die Verfasser der Rechtsbücher leiteten von einem bestehenden Vorrang einiger Grossen bei der Wahlfeierlichkeit eine gewisse Zeugnisfähigkeit derselben ab.

Einen durchaus anderen Charakter als Kirchhöfers Buch trägt die Schrift Lindners. Hier wird gleichsam ein unermüdlicher Kampf gegen herrschende Ansichten geführt. Nicht ein Kampf, der sich in einer Einzelpolemik verliert, sondern ein Kampf, der ausgefochten wird, indem Lindner mit Benützung des bekannten Materiales zu einer durchaus neuen Auffassung vorzudringen strebt.

Nicht Alles, was Lindner gegen ältere Ansichten vorbrachte, soll hier besprochen werden. Die Betrachtung der einzelnen Königswahlen veranlasste ihn, sich über manche nur mittelbar mit seiner Theorie zusammenhängende Frage in origineller Weise zu äussern. Wir wollen all diese Erörterungen ausser Betracht lassen, gleichviel ob wir sie für wohl begründet oder für minder berechtigt halten. Wir wollen uns auf jene Fragen beschränken, deren Beantwortung die Entstehung des Kurkollegs unmittelbar aufhellen kann.

Das eine Hauptproblem betrifft das Verhältnis von Wahlrecht der Unterthanen und Erbrecht des königlichen Hauses. Der Behandlung desselben war vornehmlich die schöne Arbeit Maurenbrechers

gewidmet. Lindner polemisiert vielfach gegen diese, er leugnet z. B. — u. zw. m. E. mit Recht — das Mitwirken der Erbidée bei der Erhebung des ersten Konrad, er sucht — und m. E. mit Unrecht — die Bedeutung der Forchheimer Wahl von 1077 für die Entwicklung des freien Wahlrechtes abzuschwächen. Er bemängelt auch sonst Maurenbrechers Darstellung, welche im Auf- und Abwogen von Erb- und Wahlrecht einen Kampf grosser einheitlicher Prinzipie verfolgt, er glaubt dafür die Wahrheit in einer kleinlichen, von augenblicklichen Zwecken diktierten Politik aufsuchen zu dürfen. Solche Gegensätze der Anschauungen berühren wohl manche tiefe Frage der deutschen Geschichtsauffassung, manche Frage des Verhältnisses von Kaiserthum und Papstthum, führen aber im wesentlichen nicht zu einer verschiedenen Beurtheilung dessen, worauf es bei einer Geschichte der Königswahlen vornehmlich ankommt. In Bezug auf das Hervortreten und Zurückweichen der Erbidée gegenüber dem Wahlrechte stimmt Lindner in der Hauptsache mit dem überein, was Maurenbrecher als herrschende Ansicht vortragen durfte. Nicht hier liegen demnach die strittigen Punkte der Kurfürstenfrage. Und nicht dies Gebiet betrifft das wirklich Originelle der Ansicht Lindners, sondern das Wahlverfahren oder vielmehr das Verfahren beim zweiten Theil der Wahlhandlung, beim feierlichen Wahlakte.

So mannigfach auch die Anschauungen waren, welche in älterer und neuerer Zeit über die Anfänge des Kurkollegs geäußert wurden, darin bestand meist Uebereinstimmung, dass man die erste Entstehung des Kurkollegs anknüpfte an eine Veränderung des früher üblichen Abstimmungsverfahrens. Noch für das 11. Jahrhundert glaubte man auf Grund zuverlässiger Nachrichten annehmen zu müssen, dass die Grossen des Reiches, die eigentlichen Wähler, beim feierlichen Wahlakte einzeln ihre Stimmen abzugeben hatten, und dass dabei zuerst alle Geistlichen — mit dem Mainzer an der Spitze, dann alle Weltlichen, nach ihrer territorialen Zusammengehörigkeit geordnet, den König zu nennen hatten. Dieses Verfahren sei später verändert, die alte Reihenfolge der Abstimmenden durchbrochen worden, indem sechs oder sieben geistliche und weltliche Fürsten das zunächst allerdings bedeutungslose Ehrenrecht erlangten, vor der Masse der Wähler als die ersten die Stimme abzugeben. Als das eine Problem der Kurfürstenfrage ward daher die Frage nach dem Wie und Wann einer neuen Reihenfolge der Abstimmenden angesehen. Diesem schloss sich als zweites an die Frage nach den näheren Umständen und nach dem eigentlichen Grunde der Umwandlung eines ursprünglich bedeutungslosen Ehrenrechts in ein höchst bedeutungs-

volles Recht der ausschliesslichen Wahl: Umwandlung des Vorstimmrechts in das Kurrecht.

Lindner versuchte nicht eine neuartige Behandlung dieser beiden Grundfragen, er leugnete vielmehr die Berechtigung ihrer Aufstellung selbst und wollte auch das umstürzen, was bisher ziemlich allgemein trotz der Verschiedenheit der Lösungsversuche als gemeinsames Fundament galt. Er kam nämlich zum Schlusse, dass man bisher auch das ältere Wahlverfahren ganz irrig aufgefasst habe, dass nach beendeten Vorberathungen und nach der thatsächlich erfolgten Einigung über den Kandidaten die feierliche Wahl nicht in einer Einzelabstimmung der Wähler bestand, sondern im Ausrufen des neuen Königs durch einen einzelnen Fürsten, durch den Elector, als welcher der Mainzer zu fungieren hatte. Nach dieser Ausrufung hätten die Fürsten nicht einzeln abgestimmt, sondern einzeln gehuldigt. Der feierliche Wahlakt zerfalle in die beiden Sonderakte: in die Electio, welche der Elector, und in die Laudatio (Huldigung), welche die einzelnen Wähler vornahmen. So käme die Frage nach einer Veränderung der Abstimmungsordnung nicht in Betracht, weil überhaupt niemals eine Einzelabstimmung stattgefunden habe. Die Entstehung des Kurkollegs müsse an eine andere Veränderung angeknüpft werden. Da auch in der Zeit des ausgebildeten Kurkollegs, so folgert Lindner weiter, nur einer der Fürsten den König nominierte, so habe die Veränderung des Wahlverfahrens vornehmlich darin bestanden, dass dem einen Elector der früheren Zeit mehrere Electoren an die Seite traten. Aber nicht, um gleichfalls den Kandidaten ausrufen zu dürfen, — denn es kommt Lindner sehr darauf an, das unveränderte Fortbestehen des Ausrufens seitens Eines festzuhalten — sondern um dem Ausrufer „in irgend einer Form“ beim feierlichen Akte der Electio zu assistieren (S. 198). Lindner denkt sich also vermuthlich den Vorgang so, dass die Electoren, abgesondert von der Masse der Wähler, den Ausrufer umstanden, den sie für diesen Fall aus ihrer Mitte bestimmt hatten. Schon lange vor 1198 mochten dem Mainzer Erzbischof, welcher ursprünglich der einzige Elector war, Genossen in dieser Art an die Seite getreten sein. Geistliche und weltliche Fürsten haben vielleicht schon im 12. Jahrhundert solche Ehrenrechte nach dem Grundsatz „was dem Einen recht, ist dem andern billig“ begehrt und gelegentlich auch ausgeübt. Aber die Praxis — so hoffe ich Lindner richtig verstanden zu haben ¹⁾ — vermochte nicht ein bestimmtes Kollegium der Electo-

---

¹⁾ Es ist nicht immer näher zu erkennen, wie Lindner das Zusammenwirken

ren auszubilden. Theoretische Erwägungen führten dazu, den drei geistlichen Electoren die drei weltlichen gegenüberzustellen, und die vom Sachsenspiegel abgeschlossene Theorie der sechs Electoren — Böhmen kam erst später hinzu — wurde im Jahre 1257 vom Pfalzgrafen Ludwig II. ins Leben eingeführt (S. 208).

Mit dieser durchaus neuen Ansicht meinte Lindner die Frage nach der Entstehung des Kurkollegs gelöst zu haben. An der bisherigen Auffassung, so meinte er S. 211, sei es immer unerklärlich geblieben, wie so viele grosse Fürsten sich ihres Wahlrechtes widerspruchslos berauben lassen konnten. Diese Schwierigkeit habe die neue Ansicht beseitigt. Da die Fürsten niemals eine Stimme bei der Wahl abzugeben hatten, so war auch keine Entziehung des Stimmrechts nöthig. Dem Anscheine nach verharrete alles beim Alten, nur dass die Wahlverkündigung jetzt bei sieben Fürsten stand; das Zustimmungsrecht, wie es in der Laudatio zum Ausdrucke kam, blieb erhalten (S. 211).

Geständen wir dieser Annahme in allen Punkten die volle Richtigkeit zu, erachteten wir die Ansicht vom Elector und von der Laudatio als wohlbegründet — wir müssten gleichwohl betonen: das eigentliche Problem der Kurfürstenfrage erscheint damit nicht gelöst. Die neue Ansicht hat vor der alten nichts voraus. Ob die Fürsten sich in älterer Zeit am Schlussakt der Wahl durch Abgabe ihrer Stimmen betheiligten oder nicht, wie immer man sich die Ausübung des Ehrenrechtes der sechs oder sieben Electoren vorstellen mag, in jedem Falle bestand die Ausbildung des Kurrechts in der Umwandlung eines bedeutungslosen Ehrenrechtes in das bedeutungsvolle ausschliessliche Wahlrecht. Im Jahre 1273 bestimmten allein sieben Fürsten, wer die deutsche Krone zu tragen habe; wenige Jahrzehnte vorher hatte noch der weitere Kreis der Fürsten dieses Recht ausgeübt und ein engeres fürstliches Kollegium nur ein ceremonielles Vorrecht beim feierlichen Wahlakte besessen. Nach Lindners Ansicht von den Functionen der Electoren hätte ein Elector den neuen König 1273 im Auftrage seiner sechs Mitelectoren, wenige Jahrzehnte vorher aber im Auftrage der zahlreichen Fürsten und Grossen ausgerufen. Nach der älteren wie nach der neuesten Ansicht muss demnach das Wesen der Veränderung nicht im Fortbleiben der Fürsten von der letzten Ab-

---

von Theorie und Praxis auffasst. So konnte ein Recensent des Lindner'schen Buches (Zeitsch. für Kulturg. 1, 254 f.) der Meinung sein, dass Lindner die Ausbildung des Kollegiums der Sechs als thatsächlich allmählich erfolgt ansehe und die thatsächlichen Verhältnisse der Königswahlen mit den Theorien des Sachsenspiegels für übereinstimmend halte. Vgl. aber S. 103 und S. 207 f.

stimmung, sondern im Verlust des eigentlichen dieser Handlung vorausgehenden Wahlrechts aufgesucht werden.

Da Lindner von der Voraussetzung ausging, dass seine Leugnung der Einzelabstimmung in älterer Zeit zugleich eine Lösung des ganzen Problems enthalte, so hat er die Frage nach dem Wie und Warum der Umbildung des Ehrenrechts in das Wahlrecht eigentlich unbeachtet gelassen. Und wie in diesem Punkte die neue Annahme an sich keine Lösung zu bringen weiss, so harrt auch die andere Hauptfrage, die bei Behandlung dieses Gegenstandes zu stellen ist, einer Beantwortung. Die Befugnisse der Electoren in der Zeit vor Ausbildung des wirklichen Kurrechtes fasste Lindner ganz anders auf, als das bisher geschehen war. Ob man indessen das Recht der Electoren als Recht der ersten Stimmabgabe ansieht, oder als Recht, dem Ausrufer Assistentendienste zu leisten, so wird doch dadurch die Frage, warum denn gerade diese sieben Fürsten in den Besitz eines Vorranges gelangten, nicht berührt. Die Ansicht Lindners von den Funktionen der Electoren gestattet demnach die gleiche Entfaltung verschiedenster Kombinationen wie die bisher herrschende Annahme: die sogenannte Erzämter-, Stammesherzog-Theorie u. dgl.

Wir kommen darauf noch zurück. Hier sollte nur das Eine betont werden, dass Lindners neue Ansicht über das Wahlverfahren die Lösung des eigentlichen Problems der Kurfürstenfrage nicht enthalte, ja nicht einmal geeignet sei, diese Lösung zu erleichtern. Gleichwohl wäre es verfassungsgeschichtlich von grosser Wichtigkeit, wenn sich wirklich die bisherige Annahme als falsch und Lindners neue Lehre als richtig erweisen sollte.

Ich halte, um es gleich offen auszusprechen, Lindners Ansicht für unbegründet und für unvereinbar mit positiven und unzweideutigen Nachrichten. Der sehr geschätzte Forscher hat, wie ich glaube, diesmal falsche Wege betreten. Dem Irrthum aber muss mit besonderem Nachdruck entgegengetreten werden, weil ihm das wissenschaftliche Ansehen und die Autorität des Verfassers allzu leicht weite Verbreitung zusichert. Schritt für Schritt soll daher im folgenden Lindners Annahme widerlegt und der Gegenbeweis erbracht werden.

II.

Den Kern der neuen Ansicht bildet die Leugnung einer Einzelabstimmung bei den Königswahlen, die Annahme, dass bloss Einer (der Elector) den Kandidaten ausgerufen habe und dass unmittelbar darauf die Einzelhuldigung (Laudatio) gefolgt sei.

Den ersten und wichtigsten Beweis glaubt Lindner im Gebrauche der Worte „laudare“ und „collaudare“ gefunden zu haben. Bisher fasste man diese als gleichbedeutend mit „wählen“ auf, Lindner erklärt das dagegen für irrig und meint, eine nähere Betrachtung der verschiedenen Quellenstellen zeige, dass die Schriftsteller damit die Huldigung bezeichnen wollten. Prüfen wir aber wirklich die betreffenden Nachrichten ¹⁾, dann werden wir finden, dass diese in Wahrheit eine Stütze jener Behauptung nicht enthalten.

Zuerst begegnen die Worte bei Thietmar. Er erzählt von der Erhebung des Böhmenherzogs Boleslav: „ab incolis . . introducitur communiterque in dominum laudatur“ ²⁾; er gebraucht ferner in seiner Schilderung des Aachener Krönungsfestes von 936 die Ausdrücke „in regem sibi conlaudans“ (II, 1); er berichtet von der Nachfolge Ottos II. im Jahre 973 „iterum conlaudatur a cunctis in dominum et regem“ (II, 44) und erzählt, dass Heinrich II. im Jahre 1002 von den Thüringern „conlaudatur in dominum“ (V, 14) und „a primatibus Liuthariorum in regem conlaudatur“ (V, 20). Auf welche Handlung der Unterthanen bezieht sich das „collaudare“? An erstgenannter Stelle meint Thietmar die durch das böhmische Volk erfolgte Erhebung im allgemeinen. In der zweiten (II, 1) ist die besondere Beziehung auf den Huldigungsakt unmöglich. Thietmar erzählt nämlich, dass nach Heinrichs I. Tode die Fürsten Otto gewählt und nach Aachen geleitet hätten, dass dem König daselbst „omnis senatus“ entgegengekommen sei, „fidem cum subiacione“ versprochen und ihn hierauf zum Königssitz geführt habe, „in regem sibi conlaudans ac Deo tunc gratias agens“. Die Leistung des Treugelöbnisses wird demnach ganz bestimmt als eine vom „collaudare“ verschiedene Handlung hervorgehoben und Lindner (S. 75) konnte lediglich infolge des Uebersehens jener Worte, die von der Huldigung melden, zu der Annahme gelangen, als habe Thietmar mit „in regem conlaudans“ die Stelle Widukinds II, 1 „manus ei dantes . .“ umschrieben. Anders verhält es sich mit II, 44. Wir wissen aus Widukind III, 76, dass nach Ottos I. Ableben dem schon längst gekrönten Nachfolger nochmals gehuldigt wurde. Nur auf diese Huldigung können die Worte Thietmars sich beziehen. Gebraucht also doch Thietmar „collaudare“ als terminus technicus für „huldigen“? — Keineswegs. Dem widerspricht die eben behandelte Stelle, und solche Folgerung zu machen, ist auch an sich unberechtigt. Wir

¹⁾ Ich behandle dabei zugleich einige von Lindner nicht erwähnte Stellen, die mir begegneten.

²⁾ V, 30 nach der neuen Ausgabe von Kurze.

müssten dann ebenso mit Rücksicht auf die entsprechende Stelle Wudukinds, wo es nach dem Bericht über die wiederholte Eidesleistung heisst „igitur ab omni populo electus“, den Schluss ziehen, dass Wudukind „eligere“ als terminus technicus für „huldigen“ anwandte. Bei Thietmar bedeutet eben „collaudare“: feierlich anerkennen, und der Schriftsteller will gar nicht sagen, ob diese feierliche Anerkennung in der Huldigung allein bestand oder in anderen Handlungen. Jedenfalls findet die Ansicht Lindners bei Thietmar keine Stütze.

Dasselbe ergibt eine Stelle aus Adalbolds Biographie Heinrichs II, die Lindner für seine Zwecke verwerthen zu dürfen glaubte. Die Sachsen empfangen Heinrich zu Merseburg — so wird berichtet ¹⁾ — „regi occurrunt, acclamatum suscipiunt, collaudant, collaudato manus singuli per ordinem reddunt, redditus manibus fidem suam per sacramenta promittunt, fide promissa regem coronant etc.“ Durchaus unzweideutig heisst es also hier: die Sachsen collaudierten, und nachdem sie collaudiert hatten, huldigten sie. Bestimmter kann ein Schriftsteller nicht ausdrücken, dass er „collaudare“ für eine vom „manus reddere“ verschiedene Handlung halte. Und doch sagt Lindner (S. 73) mit Beziehung auf diese Stelle: „Die Collaudatio ist demnach der eigentliche Huldigungsakt, der aus dem allgemeinen Zustimmungsruf sich zu dem einzeln abgelegten Treugelöbnis entwickelt.“

Auch die Worte der Reichersberger Chronik zu 1169 ²⁾: „ex consensu vel collaudatione omnium principum . . . in regem electum et coronatum“, gestatten nicht ein Beziehen der Collaudatio auf die Huldigung.

Nicht anders steht es mit der Bedeutung, welche der Ausdruck „laudare“ erkennen lässt. Bei Wipo findet er sich für „wählen“ im allgemeinen Sinne vor, dann speciell für „abstimmen“, ein drittes Mal für „anerkennen“ ³⁾. In diesem letzteren Sinne begegnet uns „laudare“ bei Donizo ⁴⁾, beim Mailänder Arnulf ⁵⁾ und in der Lebensbeschreibung des Erzbischofs Eberhard von Salzburg ⁶⁾. Einen ähnlichen Wortge-

¹⁾ c. 10 SS. 4, 686.

²⁾ SS. 17, 490.

³⁾ c. 7. Der Mailänder Erzbischof huldigt Konrad zu Konstanz und verspricht, dass er ihn „cum omnibus suis ad dominum et regem publice laudaret statimque coronaret“, sobald der König nach Italien komme.

⁴⁾ Vit. Math. II, 18 SS. 12, 683 (1056): Hunc Victor regem laudavit papa recentem.

⁵⁾ Gest. arch. Med. 2, 2 SS. 8, 12: eundem [Konrad II.] ipsum laudavit omniumque in oculis coronavit [Erzb. v. Mailand].

⁶⁾ Der Erzbischof „Alexandrum papam laudavit“ SS. 11, 81.

brauch lässt auch die Stelle des Marianus zu 1002 erkennen: „electione populi laudatus est Mogontiae in regem“¹⁾).

Besonders lehrreich sind die Berichte Bertholds und Brunos über die Ereignisse von 1077. Eine nähere Betrachtung der Wahlvorgänge wird uns zeigen, dass eine Beziehung der daselbst angewandten Worte „laudare“ und „laudamentum“ auf die Huldigung unmöglich sei, dass vielmehr Bruno „laudare“ synonym mit „eligere“ gebrauchte, und zwar mit „eligere“ im Sinne von „abstimmen“.

In etwas anderer Bedeutung findet sich der Ausdruck in der *Narratio de electione* vor, aber eine Beziehung auf „huldigen“ ist geradezu ausgeschlossen. Lothar wird, so heisst es, „regis laudibus renitens“ von seinen Anhängern auf die Schultern erhoben, worauf der Mainzer Erzbischof den Eingang in das Wahllokal verschliessen liess, damit nicht die über die Gewaltsamkeit entrüsteten Wähler sich entfernen und die draussen harrende Menge herbeikomme, welche mit grossem Lärmen „ad laudem“ des ihr noch unbekannten Königs herbeilief. Die „laus“ kann hier schon deshalb nicht „die Huldigung nach erfolgter Wahl“ (Lindner 76) bedeuten, weil — wie noch näher zu erörtern ist — die Leistung des Treueides auf die Grossen, d. i. in der Hauptsache auf die im Wahllokal bereits Anwesenden, beschränkt war. Die draussen weilende Menge des Volkes eilte daher nicht herbei, um die Huldigung zu leisten, sondern um dem von den Fürsten Erhobenen zuzujubeln. Mit „laus regis“ ist hier der Zuruf des Volkes allein gemeint.

Auch die anderen „bezeichnenden Stellen“, die Lindner anführt, kann ich nicht als das gelten lassen. Wenn die Halberstädter Bis thumschronik bei Schilderung der Krönung Philipps sagt: „pari voto omnium et consensu acclamatione quoque unanimi et applausu in regem est collaudatus“, so darf jedenfalls das „collaudare“ nicht als „huldigen“ gedeutet werden. Aber selbst jene Stellen, in denen „collaudare“ eine Handlung bezeichnet, welche vornehmlich oder auch ausschliesslich in der Huldigung bestand, vermögen nichts dergleichen zu beweisen. Die Lehre, die uns in dieser Hinsicht Thietmar gab, dürfen wir nicht vergessen. Wenn Otto von Sanblasien (c. 45) die nachträgliche Anerkennung des jungen Friedrich II. durch den Kölner Erzbischof mit den Worten erwähnt „puerum in regem collaudavit“ und wenn wir anderwärts erfahren, dass vor Philipp von Schwaben ein Treueid geleistet worden war²⁾, so ist eben nichts weiter zu fol-

¹⁾ SS. 5, 555.

²⁾ Chron. reg. Col. Cont. II. 1196. ed. Waitz S. 159.

gern, als dass Otto mit dem unbestimmteren Ausdruck „feierlich anerkennen“ jener Handlung gedachte, über die ein anderer Schriftsteller näher berichtete. Und wenn das *Chronicon Venetum* von Ottos II. Anerkennung in Pavia meldet „*Italici principes fidem . . . facientes, regem ipsum conlaudaverunt*“¹⁾, so ist auch da nicht der Gebrauch des Wortes „conlaudare“ für huldigen bezeugt. Die Verbindung „indem sie huldigten, conlaudierten sie“ weist im Gegentheil auf eine verschiedene Bedeutung hin: collaudare heisst auch hier „feierlich anerkennen“²⁾.

Wir ersehen demnach, alles in allem erwogen: laudare und collaudare haben eine recht dehnbare Bedeutung. Laudare wird meist gleichwerthig mit „eligere“ angewandt und theilt den vielartigen Gebrauch dieses Wortes, collaudare bezeichnet dagegen häufig die dem Wahlakte nachfolgenden Kundgebungen und bedeutet überhaupt schlechthin „anerkennen“. Die mit „collaudare“ bezeichnete Anerkennung kann sich auf mehrere bei solchen Gelegenheiten übliche Handlungen zugleich beziehen. Dass indessen die Schriftsteller mit „laudare“ oder „collaudare“ den Akt der Huldigung im besonderen hervorheben wollten, das anzunehmen liegt gar kein Anlass vor. Wie man irrte, da man „laudare“ und „collaudare“ für wählen im wahren Wortsinne hielt, so irrte Lindner, da er die Ausdrücke auf die Huldigung im besonderen bezog.

Damit ist natürlich die neue Ansicht Lindners noch keineswegs widerlegt. Die Bezeichnung „Laudatio“ für Huldigung muss fallen, aber auch der von Lindner aufgestellte eigenthümliche Begriff?

Dass die Fürsten dem neuen König Huldigung leisteten, d. i. einzeln die Hand reichten und Treue gelobten, das ist längst bekannt und dürfte von Niemand bestritten werden. Aber Lindner brachte diese Huldigung als einen integrierenden Bestandtheil der Wahlhandlung mit dieser in engste Verbindung, leugnete den Brauch einer Einzelabstimmung und setzte an deren Stelle die Einzelhuldigung, welche dem Ausrufen des Gewählten durch den einen Elector gefolgt sei. Irrigerweise habe man bisher mehrere Nachrichten der Geschichtschreiber auf die Einzelabstimmung bezogen, diese müssten in Wahrheit als Meldungen über Einzelhuldigungen gedeutet werden.

Es handelt sich hier in erster Linie um eine Beurtheilung der Erzählung Wipos von der Wahl Konrads II. und der Berichte Bertholds und Brunos über die Forchheimer Wahl von 1077.

¹⁾ SS. 7, 30.

²⁾ Vgl. die Uebersetzung dieser Stelle bei Waitz VG. 6, 170.

Lindner sucht die Glaubwürdigkeit Wipos zu erschüttern, indem er — entgegen der bisher herrschenden Ansicht — dessen Anwesenheit auf dem Wahltag leugnet ¹⁾. Einen stichhaltigen Grund dafür vermag ich nicht zu erkennen. Denn die Thatsache, dass Wipo den Namen des Wahlortes nicht mehr weiss, wird als solcher gewiss nicht gelten dürfen. Wipo hat denselben eben vergessen. Dagegen zeigt er sich mit den örtlichen Verhältnissen so vertraut, dass seine persönliche Anwesenheit vorauszusetzen ist. Das anerkennt auch Lindner, aber er erklärt es damit, dass Wipo „jedenfalls später diese Ufergeleände“ gesehen habe. Warum erst später? Weil er den Namen nicht zu nennen weiss? — Dazu kommt die bekannte Aeusserung Wipos (c. 1): „es fand eine Versammlung statt, und eine gleich grosse erinnere ich mich nicht vorher gesehen zu haben“ — eine Aeusserung, die bisher stets als Zeugnis von Wipos Anwesenheit gegolten hat und m. E. trotz der Gegenbemerkungen Lindners wohl auch in Zukunft als solche gelten wird. Denn einen Vergleich dieser Art stellt eben nur der an, welcher wirklich zugegen war.

Als Darstellung eines Augenzeugen dürfen und müssen wir Wipos Wahlbericht beurtheilen, freilich eines Augenzeugen, der viele Jahre später schrieb, dem manches entfallen sein mochte und dem insbesondere auch manche Vorgänge, deren Kenntniss uns überaus erwünscht wäre, unbekannt geblieben waren.

Aber ist denn Wipos Bericht so verschwommen und widerspruchsvoll, wie Lindner behauptet?

Nachdem Wipo eingehend von den Berathungen und Verhandlungen gemeldet hatte, die der formellen Wahl vorangegangen waren und zu einer Abmachung der beiden Konrade geführt hatten, erzählt er mit grosser Anschaulichkeit den Wahlakt selbst. Die Fürsten sassen, das zahlreich versammelte Volk stand umher. Der Mainzer Erzbischof, vom Volke befragt, gab zuerst seine Stimme dem älteren Konrad — *laudavit et elegit in dominum et regem atque rectorem et defensorem patriae*. Die Bischöfe und die anderen Geistlichen schlossen sich diesem Spruche ohne Bedenken an. Hierauf wählte der jüngere Konrad, der sich mit den Lothringern ein wenig berathen hatte, den älteren Vetter, der alsbald dessen Hand ergriff und ihn neben sich sitzen liess — *ad dominum et regem elegit, quem rex manu apprehendens, fecit illum consedere sibi*. Hierauf wiederholten die einzelnen Wähler aus den einzelnen Reichsgebieten denselben Wahlspruch, das Volk aber erhob einen Beifallsruf und stimmte der Wahl des Fürsten zu.

¹⁾ Vgl. S. 33 f., S. 82.

Lindner findet diesen Bericht voller Dunkelheiten und Schwierigkeiten. Auffallend ist ihm besonders der Umstand, dass Wipo den älteren Konrad nach der durch die Geistlichen vollzogenen Wahl bereits „rex“ nennt und dass Konrad „auch schon auf dem Throne oder einem ausgezeichneten Sitze sass, als er den jüngeren Vetter bei der Hand nahm und ihm den Platz neben sich gab“ (S. 81). Konrad muss also — das dürfte etwa der weitere Gedankengang Lindners sein — bereits zu diesem Zeitpunkte als gewählt betrachtet worden sein; was Konrad d. J. that, war nicht eine Wahl, sondern die Huldigung und „demnach scheint der Hergang bei Konrads Wahl folgender gewesen zu sein: Erzbischof Aribio rief ihn als König aus . . . , darauf vollzogen erst die Geistlichen, dann die Weltlichen die Laudatio“ (S. 83).

Lindner wirft damit Wipo eine Reihe plumper Irrthümer vor. Wipo habe die Electio des Mainzers irrigerweise mit der Laudatio zu einer Handlung vereinigt, er habe weiterhin die Einzelhuldigung irrig für eine Einzelabstimmung gehalten. Ein solcher Irrthum wäre bei einem Hofkaplan höchst auffallend und wäre es auch unter der Voraussetzung, dass dieser in Kamba 1024 gar nicht zugegen gewesen war. Sollte ein dem Königshof und den Staatsgeschäften nahestehender Mann von einem Wahlverfahren ausführlich berichten, welches dem Staatsrecht ganz unbekannt war? — Dazu kommt noch Eines. Wipo weiss von dem Brauch der Einzelhuldigung und verbreitet sich im 4. Kapitel über die Konrad II. geleisteten Treueide. Zu dem einen Irrthum, die Huldigung für Einzelabstimmung gehalten zu haben, müsste sich also noch ein weiterer hinzugesellt haben.

Schwerwiegende Gründe könnten allein eine solche Beurtheilung Wipos rechtfertigen. Und welche sind es? Ich sehe, um es kurz zu sagen, keinen einzigen. Wipos Bericht enthält nicht Widersprüche, welche solche Kritik veranlassen könnten. Unklar ist nur das Eine, wann Konrad d. J. mit den Lothringern verhandelte: ob während der Abstimmung der Geistlichen oder schon vor Beginn der Wahlhandlung. Der Wortlaut lässt beide Deutungen zu. Aber das ist für das Verständnis des eigentlichen Wahlverfahrens ganz gleichgültig. Und über dieses spricht sich Wipo mit einer Anschaulichkeit und zugleich mit einer Deutlichkeit aus, die gar nichts zu wünschen übrig lassen. Lindner sah Schwierigkeiten, die thatsächlich nicht vorhanden sind. Mit keinem Worte behauptet Wipo, dass Konrad vor Beendigung der Wahlhandlung auf dem Throne oder auf einem ausgezeichneten Sitze sass. Als der jüngere Konrad dem älteren Vetter die Stimme gab, reichte der Gewählte — so sagt Wipo — dem Wählenden die Hand

und hiess ihn neben sich sitzen. Das war eine Auszeichnung, das war eine Demonstration, auch wenn der ältere Konrad nur den gewöhnlichen Fürstensitz einnahm, weil ja der Ausgang der Wahl bereits entschieden war. — Und wie die Erzählung dieser Episode, so bietet vollends die Titulierung des noch nicht von allen Wählern normierten Kandidaten als König der Kritik keinen Angriffspunkt dar. Dass Wipo selbst die Wahlhandlung mit der Stimmabgabe der Geistlichen noch nicht für beendet ansah, das ist ja über jeden Zweifel erhaben und das wird auch von Lindner anerkannt. Wipo kam demnach, da er den Kandidaten inmitten seines Berichtes über die Wahlhandlung „rex“ nannte, mit seinen eigenen Aussagen in Widerspruch. Dieser kann nicht dadurch veranlasst worden sein, dass die Bezeichnung „rex“ aus einem irrthumsfreien Wahlbericht hinübergenommen wurde in die durch Verwechslung von Huldigung und Einzelabstimmung entstellte Erzählung Wipos. Denn Wipo schöpfte hier allein aus eigener Kenntnis. Darf unter solchen Umständen die etwas frühzeitig angewandte Bezeichnung „rex“, für die Wipo allein verantwortlich zu machen ist, gegen die Richtigkeit der weiteren Darstellung desselben Schriftstellers ausgespielt werden? Das scheint mir kritisch unstatthaft zu sein. Lindner sieht im Gebrauch des Wortes „rex“ an dieser Stelle das vereinzelte Aufleuchten richtiger Vorstellungen in dem sonst von Irrthum arg umsponnenen Wahlbericht Wipos. Und doch ist, meine ich, die Erklärung des an sich so geringfügigen Widerspruches überaus einfach. Auch einem weit sorgsameren und peinlicheren Schriftsteller mochte es leicht geschehen, den Kandidaten einmal vorweg König zu nennen, nachdem ein grosser Theil der Wahlhandlung bereits zu dessen Gunsten entschieden hatte.

Im Gegensatz zu Lindner werden wir behaupten: Wipos Bericht ist durchaus klar und bietet in seiner Darstellung der feierlichen Abstimmung einer unbefangenen Beurtheilung keine Schwierigkeiten. Und weiter: dieser in seiner unmittelbaren Frische einzige Wahlbericht ist überdies durchaus glaubwürdig. Er findet vollste Bestätigung in den Erzählungen Brunos und Bertholds von der Königswahl des Jahres 1077.

Bruno berichtet c. 91: „Ex multis, quos probitate dignos in electione proposuerunt, tandem Rodulfum . . regem sibi Saxones et Suevi concorditer elegerunt. At cum singuli deberent eum regem laudare, quidam voluerunt aliquas condiciones interponere . . Quod intelligens apostolici legatus fieri prohibuit . . ait etiam, si eo modo quo coeptum fuerat promissionibus singillatim praemissis eligeretur,

ipsa electio non sincera sed haeresis simoniaca veneno polluta videretur“.

Lindner (S. 74, 83) hält die mit „*laudare*“ bezeichnete Einzelhandlung, welche die Wähler zur Aufstellung von Bedingungen veranlasste, für die Huldigung. Er fühlt sich dazu berechtigt, weil es vorher „*elegerunt*“ heisst: „Rudolf war gewählt“. Es wurde indessen dabei übersehen, dass der gegen den Stimmenschacher einschreitende Legat unmittelbar darauf für jene Einzelhandlung, die Bruno zuerst mit „*laudare*“ bezeichnete, das Wort „*eligere*“ anwandte und von einer Verunglimpfung der „*electio*“ durch Simonie warnte. Wir ersehen demnach zweierlei: einmal dass Bruno die Ausdrücke „*laudare*“ und „*eligere*“ synonym gebraucht, und dann, dass die Einzelhandlungen, welche „*eligere*“ und „*laudare*“ genannt werden, zur „*electio*“ gehörten, dass das „*concorditer eligere*“, von dem zuerst die Rede war, nicht den Abschluss der Wahlhandlung bedeute, sondern vielmehr etwas anderes. Was aber gemeint ist, das dürfte nicht schwer zu erkennen sein. „Aus der Reihe verschiedener Kandidaten wählten sie Rudolf“ — das heisst doch wohl bei Gelegenheit der dem formellen Wahlakte vorausgehenden Vorberathungen. Worin das „*laudare*“ und „*eligere*“ bestanden habe, sagte zwar Bruno nicht unmittelbar. Aber auch ohne Hinblick auf die bekannten Verhältnisse von 1024 deutet man unbefangen die auf diese Weise bezeichnete Einzelhandlung des Wählers als Einzelabstimmung. Zur absoluten Gewissheit wird indessen diese Annahme, wenn man den entsprechenden Bericht Bertholds betrachtet.

Tandem — so heisst es bei Berthold — *sane totum senatorum nec non populi . . collegium episcoporum primum . . nominandi et eligendi regis dum expectaret attentissime suffragium, dux Alemanniae Ruodolfus primum a Maguntino episcopo deinde a caeteris in regem ab eis nominatus et electus est. Hos sequitur sine mora totus senatus et populus.*

Diese Worte gewähren der Auffassung keinen Raum, dass ein Elector den Kandidaten ausgerufen habe, die Stelle „*primum—deinde*“ weist unzweideutig auf Einzelabstimmung hin. Ein Satz bei Berthold allein könnte anscheinend der Auffassung Lindners eine Stütze bieten. Berthold fügte nämlich den oben aufgeführten Worten bei: „*solita iurisiurandi fidelitate se illi omnes in id ipsum legitime subicientes*“. Wird dieser Partizipialsatz mit „*indem*“ oder „*wobei*“ aufgelöst, dann könnte man in ihm eine nähere Angabe über die Thätigkeit von „*senatus et populus*“ bei der Wahl sehen, diese Thätigkeit als Huldigung charakterisiert und eine gewisse Bestätigung der Lindnerschen Ansicht

ausgesprochen finden. Aber diese Deutung ist unmöglich. Wollten wir den Satz in diesem Sinne auffassen, dann müssten wir Berthold entnehmen: der Mainzer und die Geistlichen stimmten ab, die Weltlichen leisteten statt dessen die Huldigung. Sollte Berthold das so gemeint haben, dann hätte er einen Unsinn behauptet. Aber eine solche Deutung ist unnöthig. Lösen wir den Partizipialsatz mit „und“ auf und beziehen wir das „omnes“ auf Weltliche und Geistliche, dann erscheinen alle Schwierigkeiten beseitigt. „Rudolf wurde zuerst vom Mainzer, dann von den übrigen Geistlichen zum König gewählt, hierauf folgten unverzüglich die weltlichen Fürsten und das Volk, und Alle (Geistliche und Weltliche) unterwarfen sich ihm durch Leistung des Treueides“. Eine solche Auffassung scheint mir nicht bloss zulässig, sondern unbedingt geboten zu sein.

Die Berichte Wipos, Bertholds und Brunos stimmen demnach vollständig überein. Mag man auch das eine oder andere Moment bezweifeln, gerade jene Theile der Berichte, die sich auf die feierliche Wahlhandlung beziehen, lauten gleich klar und bestimmt. Vor allem: es fand im elften Jahrhundert regelmässig eine Einzelabstimmung statt, an der sich die anwesenden Fürsten betheiligten, und zwar sprachen zuerst die Geistlichen, dann die Weltlichen den Kürruf. Von einem Recht des Mainzer Erzbischofes, den König allein auszurufen (Elector), ist keine Spur zu bemerken. Der Wortlaut der Wahlberichte von 1024 und 1077 schliesst die Möglichkeit einer Deutung im Sinne Lindners auf das Entschiedenste aus ¹⁾. In voller Uebereinstimmung bezeichnen unsere Gewährsmänner die Thätigkeit des Mainzers und die nachfolgende Wirksamkeit der anderen Wähler mit denselben Ausdrücken ²⁾.

Wie lagen diese Verhältnisse in späterer Zeit?

Lindner nimmt natürlich ein ununterbrochenes Fortbestehen des Wahlverkündens durch einen Fürsten an. Zwei Zeugnisse sollen vornehmlich diese Ansicht stützen: die Stelle aus einem Brief der deutschen Bischöfe an den Papst vom Jahre 1158 und eine Aeusserung,

---

¹⁾ Vgl. dagegen Lindner S. 85 „Der Wortlaut lässt auch die Möglichkeit offen, dass dem Erzbischofe von Mainz die anderen Standesgenossen mit ihrem Beifall, etwa mit allgemeinem Zuruf, beistimmten.“

²⁾ Wipo: „Maguntinus . . laudavit et elegit“, „Chuono . . ad dominum et regem elegit“, „singuli de singulis regnis eadem verba electionis repetebant“. — Bruno: „singuli . . laudare = eligere“. — Berthold: „primum a Mogontino episcopo, deinde a caeteris . . nominatus et electus est“.

welche Innocenz bei Gelegenheit der mit den Parteileuten Philipps gepflogenen Erörterungen über die Doppelwahl von 1198 machte.

Die Bischöfe sagen ¹⁾: *electionis primam vocem Moguntino archiepiscopo, deinde quod superest caeteris secundum ordinem principibus recognoscimus.*

Lindner stellt zunächst einen Gegensatz in der Bedeutung der Ausdrücke „votum“ und „vox“ auf. Votum bedeute nicht Einzelstimme, die Erwähnung der „vota principum“ dürfe nicht als Zeugnis für Einzelabstimmung gelten, dagegen bezeichne vox „den Kürruf“ (S. 86). Geständen wir diesen Bemerkungen volle Richtigkeit zu, so müssten wir gerade auf Grund derselben die angeführte Stelle in einer Lindner entgegengesetzten Weise erklären. Heisst „vox“ der Kürruf, dann heisst „prima vox“ nicht der (einzige) Kürruf, sondern der erste Kürruf, und das „quod superest secundum ordinem“ weist auf die Kürrufe hin, die nachfolgen. Die Angabe des zweiten und dritten Kürrufers unterblieb — abgesehen von allem anderen — vielleicht schon deshalb, weil diese Reihenfolge wahrscheinlich nicht zweifellos feststand. Wir müssen demnach m. E. — im scharfen Gegensatz zu Lindner — wie bisher diese Äusserung der deutschen Bischöfe als ein ganz zuverlässiges Zeugnis dafür gelten lassen, dass die Fürsten bei der Königswahl ihre Stimmen einzeln abzugeben hatten.

Nicht gleich einfach ist die Widerlegung der Ausführungen Lindners (S. 140 ff.), welche das Dasein des Electors im Jahre 1198 darthun wollen.

Am 3. Juli 1201 hatte im Namen des Papstes der Kardinallegat Guido von Praeneste im Dome zu Köln Otto öffentlich als König ausgerufen ²⁾. Dagegen erhoben die Parteileute Philipps Widerspruch in jenem an die Kurie gerichteten Schreiben, welches als Hallenser Protest bekannt ist. Was berechtigte den Legaten, so fragen sie, in die deutschen Wahlangelegenheiten einzugreifen? „Wo habt Ihr Päpste es gelesen, wo habt Ihr heiligen Väter, Kardinäle der Kirche, es gehört, dass Eure Vorgänger oder deren Legaten in die Wahl der römischen Könige eingegriffen, die Rolle der Electoren oder die der Richter über die Wahl gespielt hätten?“ Das aber habe gegenwärtig der Kardinallegat gethan. Entweder habe er als Elector oder als Cognitor gehandelt. Im jedem Falle sei sein Verhalten widerrechtlich. Denn wolle er es damit rechtfertigen, dass er als Elector gehandelt habe, dann sei zu bedenken, dass er allein, bei Abwesenheit der Urtheilsberechtigten, Lüge in Wahrheit, Verbrechen in Tugend zu verändern

¹⁾ Rahewin III, 17 ed. Waitz S. 150.

²⁾ Vgl. Winkelmann 1, 219.

unternahm. Eine Rechtfertigung mit der Thätigkeit des Cognitors sei unzulässig, weil den Zwiespalt eine freiwillige Vereinbarung der Wähler allein beseitigen könne¹⁾. Die Antwort des Papstes auf diesen Protest erläutert noch weiter das, was wir unter Elector und Cognitor zu verstehen haben. Innocenz weist den Vorwurf der Fürsten als unbegründet zurück. Der Legat habe weder die Rolle des Electors gespielt, weil er keine Wahl betrieben und Niemanden selbst gewählt habe, noch die Rolle eines Cognitors, weil er Niemandes Wahl verworfen oder bestätigt habe; er habe also weder ein fürstliches Recht usurpiert (als Elector), noch eines verletzt (als Cognitor); sondern er habe als Denuntiator fungiert, d. h. im päpstlichen Auftrage die Person Philipps für unwürdig, die Ottos für würdig zur Erlangung der Kaiserkrone erklärt²⁾.

Lindner sieht in diesen Erwähnungen des Electors einen Hinweis auf die bei den Königswahlen übliche Wirksamkeit eines einzelnen Kürrufers. Denn es sollte hier offenbar „die bestimmte Leistung eines Einzelnen bezeichnet werden“, der Legat müsse, wenn er als Elector aufgetreten sein soll, nicht dasselbe gethan haben, was alle übrigen Fürsten verrichteten, er habe nicht mit ihnen einfach gewählt, sondern allein die Wahl gemacht (S. 141).

Diese Beweisführung leidet an einem entscheidenden Fehler. Sie setzt voraus, das die wirkliche Thätigkeit des Legaten einen Anhaltspunkt zu bieten habe für die Erkenntnis der Befugnisse eines Electors.

¹⁾ Nicht im Wortlaut wurden die Stellen des Briefes oben wiedergegeben. Es sollten die Grundlinien der Ausführungen der deutschen Fürsten kräftiger hervorgehoben werden, als das durch eine einfache Wiederholung des Wortlautes möglich wäre. Die betreffenden Stellen lauten (Reg. de neg. imp. n. 61, Migne Patrol. lat. 216 col. 1063 ff.): „Ubinam legistis . . . antecessores vestros . . . se electionibus immiscuisse, sic ut vel electorum personam gererent, vel ut cognitores electionis vires trutinarent? . . . Gerit enim vel personam electoris, vel personam cognitoris. Si electoris, quomodo quaesivit opportunitatem, qualiter arbitris absentibus mendacio veritatem et crimine virtutem mutaret? . . . Et si cognitoris, hanc gestare non potuit. Romanorum enim regis electio, si in se scissa fuerit, non est superior iudex cuius ipsa sententia integranda, sed eligentium voluntate spontanea consuenda.“

²⁾ Reg. de neg. imp. n. 62, Migne col. 1065. Zuerst gibt Innocenz den Inhalt der fürstlichen Beschwerde (si electoris — si cognitoris) — nicht ganz entsprechend — wieder. Unserem Interesse dient besonders die Stelle: „Praenestinus nec electoris gessit personam . . . utpote qui nec fecit aliquem eligi nec elegit . . . nec cognitoris personam exhibuit, cum neutrius electionem, quoad factum eligentium, confirmandam duxerit aut etiam infirmandam; et sic ius sibi principum nullatenus usurpavit aut venit contra illud. Exercuit autem denuntiatoris officium . . .“

Da der Legat Otto als König verkündigt habe, so müsse der Meinung Lindners gemäss dieses Verkündigen auch von Philipps Wählern als Sache des Electors gedacht sein. Das ist indessen nicht der Fall. Im Gegentheil. Philipps Wähler behaupten: was der Legat gethan habe, sei nicht die richtige Wirksamkeit eines Electors. Dem Papste wurde nicht vorgeworfen, dass sein Legat sich die Rolle eines Electors angemasst habe, sondern dass — falls man dessen Thätigkeit mit dem Hinweis auf die Befugnisse eines Electors rechtfertigen wollte, diese gleichwohl der zulässigen Wirksamkeit eines Electors widerspräche. Aus dieser Stelle ist demnach lediglich zu folgern, dass nach Auffassung der Wähler Philipps die rechtliche Thätigkeit eines Electors anders beschaffen sein müsse, als die des Legaten im Jahre 1201. Aber dass sich die richtige Wirksamkeit eines Electors nicht auf das beziehe, „was alle übrigen Fürsten verrichteten“, das zu folgern liegt kein Anlass vor. Mit „elector“ ist hier nicht ein besonderer Kürrufer, sondern ein Wähler gemeint. „Der Legat habe nicht als Elector gehandelt, weil er weder wählte noch wählen liess“, sagt Innocenz in seiner Antwort und deutet damit auf die Befugnisse der Königswähler schlechthin.

So bietet die päpstliche Korrespondenz über die Doppelwahl von 1198 der Ansicht Lindners keine Stütze. Und an einer solchen fehlt es auch sonst. Die einzige Stelle, welche noch allenfalls als Zeugnis für die Wirksamkeit eines Electors im Sinne Lindners gelten könnte, ist der Bericht der *Gesta Trever. Cont. IV.* über Ottos Wahl im Jahre 1198 ¹⁾: „Adolphus Coloniensis archiepiscopus ex consensu Treverensis, habens et ipse vocem electionis nomine quorundam principum peregre profectorum ut asserebat, Ottonem . . . evocavit atque uuxit in regem Romanorum“. Gewiss darf man indessen diese Worte nicht als zuverlässige Nachrichten über das 1198 angewandte Verfahren ansehen. Bloss im Namen der abwesenden Wähler lässt hier der Schriftsteller den Erzbischof handeln, nicht auch im Auftrage der Versammlung. Von der Wahlhandlung der neben dem Kölner Anwesenden berichtet er nichts. Er greift eben bloss den thätigsten und bedeutendsten Wähler Ottos heraus. Hier wie auch sonst ²⁾ ist aus der Erwähnung

¹⁾ SS. 24, 390.

²⁾ Die *Chron. reg. Col. Cont. S. 163* meldet auch vom Kölner Erzbischof „Ottonem . . . eligit“. Aber sie will damit nur sagen: er, der wichtigste Gegner der Staufer, entschied sich für Otto, denn damals fand — wie aus der Chronik selbst zu ersehen — die eigentliche Wahl noch gar nicht statt. Aehnlich ist die Notiz der *Ann. Stad. 1196 SS. 16, 753* zu verstehen: „qui (der Kölner) cum suis complicebus elegit ducem Zaringiae, qui noluit acceptare. Unde elegit Ottonem . . .“

eines Wählers nicht auf die Wirksamkeit eines einzigen Kürrufers zu schliessen. Und wir sind das zu thun umso weniger befugt, als durchaus verständliche und zuverlässige Zeugnisse über das Fortbestehen des alten Wahlverfahrens, der alten Einzelabstimmung vorliegen.

Insbesondere Arnolds Meldung über Ottos Wahl zu Halberstadt im Jahre 1208 ist hier zu verwerthen. Alle anwesenden Fürsten, so heisst es, wählten König Otto, u. zw. begann der Erzbischof von Magdeburg, welcher die erste Stimme hatte, es folgte der Herzog Bernhard mit dem Markgrafen von Meissen und dem Landgrafen von Thüringen, ferner die anderen, die ein Wahlrecht besaßen¹⁾.

Man mag Zweifel hegen, ob die Reihenfolge der Abstimmenden ganz richtig angegeben sei, aber die Thatsache, dass die Fürsten nach einander abstimmten, scheint mir unangreifbar zu sein. Denn einmal dürfte wohl Niemand ernstlich bezweifeln, dass Arnold an dieser Stelle von einer Einzelabstimmung spreche, und ferner muss es als in höchstem Masse wahrscheinlich gelten, dass zu Halberstadt das bei den Königswahlen überhaupt übliche Verfahren beobachtet wurde. Lindner erhob Einwände, aber ich vermochte nicht sicher zu erkennen, ob er bloss Bedenken gegen die bisherige Deutung dieser Stelle hegte, oder ob er die Glaubwürdigkeit Arnolds in Frage stellte. S. 111 wird gesagt: zu der Annahme, dass Arnold von einer namentlichen Abstimmung spreche, passe nicht recht der grammatische Bau des Satzes. S. 138 wird Arnolds Berichterstattung „als nicht ganz zuverlässig“ bezeichnet, S. 140 aber getrost dieselbe Nachricht von der „prima vox“ des Magdeburger Erzbischofes als Zeugnis für dessen Wirksamkeit als Kürrufer verwerthet.

Wir aber können die beiden Fragen, die zu stellen sind, dahin beantworten, dass wir Arnolds Nachricht als Meldung von einer Einzelabstimmung ansehen und dass wir ihr — wenigstens in dieser Hinsicht — volle Glaubwürdigkeit zusprechen. Mit Recht hob Lindner S. 140 „die überraschende Uebereinstimmung“ der Worte Arnolds mit der bischöflichen Erklärung von 1158 hervor. Aber diese Uebereinstimmung bietet der Theorie Lindners keine Stütze dar, sie liefert im

---

— Wenn Baldr. Gest. Alb. c. 15 SS. 8, 252 von der Wahl 1138 sagten: „d. Albero archiepiscopus Conradum in regem elevavit“, so ist auch daraus gewiss nicht auf eine Wirksamkeit Alberos als Elector im Sinne Lindners zu schliessen.

¹⁾ Arnold Lubic. VII, 13: omnes igitur principes . . . pari voto et unanimi consensu Ottonem . . . elegerunt . . . archiepiscopo qui primam vocem habere videbatur inchoante, prosequente vero Bernardo duce cum marchione Misnense et lantgravio Thuringie cum aliis, ad quos electio regis pertinere videbatur.

Gegentheil einen weiteren Beweis für die Annahme, dass der im 11. Jahrhundert verbürgte Brauch noch im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert fortbestand. Den Worten des Berichtes „*deinde quod superest etc.*“ entspricht die Bemerkung Arnolds „*prosequente vero duce etc.*“ Die letztere erläutert die ersteren und erhellt in wünschenswerther Art das, was dort etwa für unklar gelten könnte: die Fürsten gaben einzeln ihre Stimme ab. Und als Zeugnis für dieses Wahlverfahren dürfen wir nun auch die Worte der Magdeburger Schöppenchronik über Philipps Wahl 1198 ansehen: *bischof Ludolf von Magdeborch was de erste an dem kore.*

So führte uns eine Durchsicht jener Nachrichten, welche über die Königswahlen des 11., 12. und der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts vorliegen, zu dem Ergebnis: es fehlt vollständig an Anhaltspunkten für die Annahme Lindners. Ja noch mehr: eine Reihe von Nachrichten widersprechen derselben rundweg und bezeugen ein anderes Wahlverfahren, bezeugen die Einzelabstimmung der anwesenden Fürsten.

Wie kam, so möchten wir fragen, unter solchen Umständen Lindner zu seiner Ansicht? Sie kann nicht aus einer Betrachtung der Quellen erwachsen sein, sie ist vielmehr durch die Vermuthung einer Analogie des älteren Wahlverfahrens mit dem der späteren kurfürstlichen Periode erzeugt worden. Es mussten Zwangsdeutungen vorgenommen, mitunter Nachrichten verworfen werden. Nur auf solche Weise konnte Lindner zu seiner Verwerthung der Aussagen Arnolds und Wipos gelangen, nur so konnte er (S. 163 ff.) sogar die berühmte Stelle des Sachsenspiegels (Ldr. III, 57) als Stütze seiner Ansicht von einer Laudatio und der Thätigkeit des Electors anführen.

III.

Der Huldigung kam unseren bisherigen Erörterungen gemäss bei den Königswahlen niemals jene Rolle zu, die Lindner für sie in Anspruch nahm. Aber Huldigungen fanden gewiss regelmässig statt. Wie verhielten sie sich in Wahrheit zur Wahlhandlung? Dieser Frage ist zunächst unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Lindner nahm als selbstverständliche Voraussetzung an, dass man staatsrechtliche und lehenrechtliche Huldigungen zu unterscheiden habe, und deutete nun die verschiedenen Nachrichten, welche mitunter fast gleichlauten und dasselbe auszudrücken scheinen, bald als die eine, bald als die andere — je nach der Möglichkeit, sie auf seine Laudatio beziehen zu können oder nicht. Die Schilderung Widukinds über Handreichung und Treugelöbniß im Jahre 936 sah er als staatsrechtliche Huldigung an, die Erzählung dagegen der Narratio de electione

Lotharii und Ottos von Freising über den gleichen Vorgang, den Bericht Wipos über das Konrad II. geleistete Treugelöbniß der Grossen als Huldigung lehensrechtlicher Natur. Er befindet sich hier — so weit ich sehe — im Widerspruch mit Allen, die Gelegenheit hatten, sich über diese Gegenstände zu äussern.

Mir will scheinen, dass diese Voraussetzung, die allerdings Lindner nicht näher begründete, durchaus unzutreffend sei. Ohne den Gegenstand erschöpfend behandeln zu wollen, möchte ich doch wenigstens mit einigen Bemerkungen der Frage nach den wahren Verhältnissen der Huldigung und nach deren Beziehungen zu den einzelnen Wahlvorgängen näher zu kommen trachten.

Wir haben von den fränkischen Zuständen auszugehen, denn die Huldigungen, welche dem deutschen König geleistet wurden, stammen aus dem Zeitalter der Merovinger und Karolinger.

Schon im 6. Jahrhundert musste das gesammte Volk dem König oder dessen Boten einen Treueid leisten: *fidelitatem et leudesamio promittere* ¹⁾. Die Karolinger haben die allgemeinen Unterthaneneide, die vermuthlich in spätmerovingischer Zeit ausser Uebung gekommen waren, neuerdings und mit häufiger Wiederholung angeordnet. Viermal wurde von Karl d. Gr. eine allgemeine Vereidigung der Unterthanen befohlen, häufig wurden unter den Nachfolgern des grossen Kaisers von den Bewohnern der Reiche oder gewisser Reichsgebiete Treueide begehrt ²⁾. Die Eidformeln, nach welchen das Volk von den Missi 789, 802 und 854 in Pflicht genommen wurde, sind erhalten ³⁾. Ebenso ist der Wortlaut jener Eide bekannt, welche auf den Reichstagen zu Quierzy und Gondreville 858 und 872 geleistet wurden ⁴⁾ und welche die zur Erhebung des Königs in Pavia 876 und in Compiègne 877 versammelten Grossen bei Gelegenheit der vassalitischen Huldigung zu sprechen hatten ⁵⁾.

Der allgemeine Eid der Unterthanen war dem Gelöbniß nachgebildet, das von Vassallen geleistet wurde, ja die 802 und 854 angewandten Formeln sprechen von der Treuverpflichtung, die ein Mann seinem Herrn zu halten habe, und dürfen geradezu als gleichlautend mit den Eiden der Vassallen gelten. „Die Treue und Ergebenheit aller Unterthanen sollte demnach keine geringere sein, dieselbe Kraft und

¹⁾ Marculf I, 40. Vgl. Waitz 2^a, 205 ff.; Brunner, Rechtsgeschichte 2, 58 ff.

²⁾ Waitz 3, 290 ff.; Brunner 2, 59.

³⁾ Capit. n. 23 c. 18 S. 63; 34 S. 101; 261 c. 13 II, S. 278.

⁴⁾ C. 269 II, S. 269; C. 277 S. 342.

⁵⁾ C. 220 S. 100; C. 283 S. 365.

Bedeutung haben“¹⁾ wie die der Vassallen. Aber gleichwohl traten damit die auf diese Weise verpflichteten Unterthanen nicht in das Verhältniß der Vassalität.

Wir müssen von der allgemeinen Huldigung der Unterthanen — soweit ein solcher Ausdruck für die Leistung des Treueides überhaupt statthaft ist — die vassalitische Huldigung wohl unterscheiden. Die erstere bestand in der eidlichen Verpflichtung des Volkes vor einem königlichen Beamten, die letztere in der mit der Handreichung verbundenen Leistung des Treueides vor dem Könige selbst. Allerdings nahm auch der König mitunter Gelöbnisse von Unterthanen in Empfang, ohne dass gleichzeitig eine vassalitische Ergebung stattgefunden hätte. So 858 und 872²⁾. Waren es damals nur Grosse, die jedenfalls sämtlich bereits im vassalitischen Verhältniß zu Karl II. standen und die nur längst bestehende Verpflichtungen nochmals eidlich aussprachen, so ist es wohl denkbar — obschon nicht unmittelbar bezeugt, dass auch die allgemeine Vereidigung des Volkes zum Theile in Gegenwart des Monarchen erfolgt war. Doch wurde deshalb der scharfe Unterschied zwischen allgemeinen und vassallitischen Huldigungen nicht aufgehoben. Die letzteren mussten dem König persönlich geleistet werden, die ersteren beehrten der königlichen Anwesenheit nicht. Die allgemeinen Huldigungen entbehrten vollständig des persönlichen Charakters, welcher der vassalitischen Huldigung eigenenthümlich war.

Im engsten Zusammenhange damit steht ein Weiteres. Der Thronwechsel im fränkischen Reich vollzog sich trotz des anerkannten Erbrechtes der herrschenden Dynastie seit dem 7. Jahrhundert unter einer staatsrechtlich durchaus nothwendigen Theilnahme der Unterthanen, d. h. der Grossen. Die Grossen übten ein gewisses Bestimmungsrecht, sie waren in späterer Zeit bei der Krönung zugegen und sie leisteten dem neu Erhobenen den Eid der Treue. Dies Gelöbniß mochte häufig allein die Form sein, in der die Mitwirkung der Grossen beim Thronwechsel ihren Ausdruck fand. In dem Masse nun, in welchem die Grossen des Reiches — Weltliche und Geistliche — sich dem König durch die Handreichung zu ergeben pflegten, ward die Treuleistung beim Regierungsantritt eines Königs zur vassallitischen Huldigung. Da im 9. Jahrhundert sich alle mächtigeren Würdenträger und grösseren Herren in diesem Verhältniß befanden, so leistete jedenfalls die ganze Versammlung der Optimaten, welche an der Erhebung eines Königs

¹⁾ Waitz 3, 298.

²⁾ Vgl. oben S. 65.

theilnahm oder der feierlichen Krönung beiwohnte, dem neuen Herrn alsbald vassalitische Huldigung: Handreichung und Treueid¹⁾. Und diese Huldigung war eine der wichtigsten beim Thronwechsel üblichen Handlungen. Sie wird mitunter geradezu als der für die Begründung der Herrschaft entscheidende Akt angesehen²⁾. Nach des ostfränkischen Königs Ludwig Tode 882 kamen lothringische „*primores*“ zum westfränkischen Monarchen „*et voluerunt se illi commendare*“³⁾. Als bald darauf der westfränkische König Ludwig starb, wandten sich die Grossen an dessen Bruder Karlmann, um „*illum recipere et se illi commendare*“, und huldigten zu Quierzy⁴⁾. Die Lothringer, unzufrieden mit ihrem Könige Zwentibold, gingen im Jahre 900 zu Ludwig d. K. über und unterwarfen sich zu Thionville durch die Handreichung⁵⁾. Gewiss ist vorauszusetzen, dass eine vassalitische Huldigung auch da stattfand, wo die Schriftsteller in allgemeineren Redewendungen nur von einer Unterwerfung der Grossen sprechen.

Der allgemeine Treueid der breiteren Volksschichten aber hatte seine frühere Bedeutung eingebüsst. Für Westfranzien lässt er sich noch im Jahre 873 nachweisen⁶⁾. Ob noch später allgemeine Vereidigungen des Volkes angeordnet wurden, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls kam es fortan beim Thronwechsel auf die vassalitische Huldigung der Grossen allein an. Und dabei ist zu beachten: Obwohl das ostfränkische Staatswesen nicht in gleicher Weise wie das westfränkische vom Lehenwesen ergriffen wurde, so scheint doch auch hier der Gebrauch Eingang gefunden zu haben, dass bei Gelegenheit der feierlichen Erhebung oder der Krönung eines Königs die Grossen vassalitische Huldigung leisteten. Ein Gelöbniß der Treue allein aber, eine nichtvassalitische Huldigung, hat bei solchem Anlass offenbar nicht stattgefunden.

Die Verhältnisse der spätfränkischen Periode wirkten in der deutschen Kaiserzeit nach. Eine allgemeine Vereidigung des Volkes, sei es zu Beginn der Regierung eines Königs, sei es bei anderer Gelegenheit, ward nicht mehr vorgenommen⁶⁾. Die Gesamtheit der Unterthanen wurde nicht zu einer Huldigung herangezogen, weder

¹⁾ Vgl. die Darstellung der Vorgänge nach Karls d. K. Tode in den Ann. Bertin. ed. Waitz S. 138 f.

²⁾ Ann. Bert. S. 152.

³⁾ Ann. Bert. S. 153; C. 285, II. S. 370.

⁴⁾ Regino 900 „in Theodonis villa manibus datis eius dominationi se subiiciunt“.

⁵⁾ C. 278 c. 5. 6 II. S. 345.

⁶⁾ Waitz 6, 391.

bei Wahl und Krönung, noch während des königlichen Umzuges durch das Reich. Wenn wir mitunter von einer eidlichen Verpflichtung weiterer Volkskreise hören, wenn beispielsweise die Kölner Heinrich IV. eidliche Versprechungen machten oder die rheinischen Städte sich eidlich zum Schutze des Königthums verbanden, so ist das nicht zu den regelmässigen Huldigungsakten der Unterthanen zu rechnen ¹⁾.

Wer leistete also dem deutschen König Huldigung und in welcher Art erfolgte diese?

Vor der Krönung — so erzählt Widukind II, 1 — haben die „duces ac prefectorum principes cum caetera principum militum manu congregati“ Otto I. auf den Thron erhoben „manus ei dantes ac fidem pollicentes operamque suam contra omnes inimicos spondentes“. Derselbe Schriftsteller berichtet, dass nach Ottos I. Ableben die Anwesenden dem schon längst gewählten und gekrönten Sohne nochmals „certatim manus dabant, fidem pollicentes et operam suam contra omnes adversarios sacramentis militaribus confirmantes“ (III, 76). Aehnlich meldet Thietmar (V, 11), dass nach der Krönung Heinrichs II. zu Mainz „Francorum et Muselenensium primatus regi manus tunc applicans gratiam eiusdem meruit“.

Hier handelt es sich überall nicht um den Treueid allein, sondern um eine vassalitische Huldigung, welche von der oberen Schichte der Unterthanen vorgenommen wurde. Und das blieb auch in späterer Zeit so. Die Narratio c. 7 erzählt uns, dass am Tage nach Lothars Wahl in einer Fürstenversammlung die weltlichen Grossen „fidelitatem tam in hominio quam sacramento regi domino firmaverunt“, nachdem die anwesenden Bischöfe und Aebte schon vorher den schuldigen Treueid, aber nicht das bisher übliche „hominium“ geleistet hatten, auf welches der neue König ausdrücklich hatte verzichten müssen. Diese Verhältnisse stimmen demnach genau mit dem überein, was Widukind und Thietmar meldeten: die Grossen huldigten durch Handreichung und Treueid, d. h. sie leisteten „hominium et fidelitatem“. Dasselbe berichtet Otto von Freising (Gesta II, 3) über die Huldigung, welche sich an die Wahl Friedrichs I. anschloss: „adstrictis igitur omnibus qui illo confluerant fidelitate et hominio principibus“; dasselbe fand bei der Erhebung Wilhelms im Jahre 1247 statt, wo die Fürsten und Magnaten das Homagium thaten ²⁾.

¹⁾ Vgl. Waitz 6, 386 f.

²⁾ Im Lehenbrief Wilhelms für Johann von Avesne heisst es (Ficker n. 4887^a): cum ipse nobis in sublimatione electionis nostre cum aliis principibus et magnatibus . . . legium et debitum fecerit homagium.

Aber auch jene Meldungen, die allein von einer Fidelitätsleistung der Grossen bei solchen Anlässen sprechen, sind gewiss in gleicher Weise zu deuten. Die oben angeführten Worte der Narratio „*fidelitatem tam in hominio quam in sacramento*“ bezeugen allein den auch sonst nachweisbaren Brauch ¹⁾, dass mitunter mit „*fidelitas*“ beide Akte der vassalitischen Huldigung: Mannschaft und Treueid, ausgedrückt werden sollten. So sind die Bemerkungen Pauls von Bernried und Bertholds zu verstehen, dass die Fürsten nach der Forchheimer Wahl „*se debito fidelitatis sacramento subdiderunt*“, „*solita iurisiurandi fidelitate sese illi . . . subicientes*“ ²⁾. So auch die Notiz der Kölner Königschronik, dass im Jahre 1212 zu Mainz vor Friedrich II. zahlreiche Fürsten „*inbeneficiati fidelitatis iuramentum prestiterunt*“ ³⁾. — eine Meldung, mit der die Mittheilung des Kanzlers an den französischen König übereinstimmt: die Fürsten hätten Friedrich in Frankfurt gewählt und hierauf zur Krönung nach Mainz geleitet „*fidelitatem per omnia faciendo*“ ⁴⁾. Vor allem aber sind auch hierherzubeziehen jene Worte Wipos c. 4, welche dieser nach eingehender Darstellung der Wahl und Krönung Konrads der „*fidelitas facta regi*“ widmet: er halte es für überflüssig darüber zu sprechen, weil ja der Brauch immer wiederkehre, dass alle Bischöfe, Herzoge und übrigen Fürsten, die „*milites primi, milites gregarii*“ und alle Freien von Bedeutung dem Könige den Treueid leisten.

Denselben Charakter zeigen die Huldigungen, von denen wir gelegentlich bei Erwähnung von Nachwahlen oder feierlichen Anerkennungen hören. Oft war es die vassalitische Huldigung allein, durch welche einzelne oder mehrere Grosse gemeinsam die nachträgliche Anerkennung aussprachen, mitunter folgte sie aber einer Handlung nach, die wir als eine Art von Wahl zu beurtheilen haben ⁵⁾. Das war der Fall zu Merseburg im Jahre 1002. Nachdem sich hier die Sachsen für Heinrich II. erklärt und durch ihren Führer, den Herzog Bernhard, dem neuen König die „*cura regni*“ übertragen hatten, wurde die Huldigung geleistet: „*omnes qui priori imperatori serviverant, Liudgero solo remanente, regi manus complicant, fidele auxilium per*

¹⁾ Bernheim, Lothar und das Wormser Concordat S. 67; Waitz 6, 382.

²⁾ Paul Bernr. X, 85; Berthold SS. 5, 292.

³⁾ Chron. reg. Colon. Cont. III. ed. Waitz S. 234. Diese Notiz ist nicht, wie Waitz N. 3 meint, auf die Vorgänge in Frankfurt, sondern auf die in Mainz zu beziehen. Vgl. Ficker n. 680^b.

⁴⁾ Huillard-Bréholles I, 230.

⁵⁾ Darüber wird im f. Abschnitt näher zu handeln sein.

sacramenta confirmant“¹⁾. Eine Huldigung fand auch bei jener Braunschweiger Nachwahl von 1252 statt, wo der sächsische Herzog und der brandenburgische Markgraf nach vollzogener Wahl dem König „fidelitatem et homagium prestiterunt“²⁾.

Mitunter wird ferner einer Huldigung gedacht, wo es sich um Designation oder Wahl eines Königssohnes bei Lebzeiten des Vaters handelt. Indessen scheint in solchen Fällen die sonst bei feierlichen Erhebungen der Könige übliche vassalitische Huldigung nicht immer stattgefunden zu haben. Ob dem 946 designierten Ludolf neben dem Treueid auch die Mannschaft geleistet wurde, ist doch recht zweifelhaft³⁾. Die oben berührte Meldung, dass Otto II. i. J. 973 Treuschwur und Mannschaft wiederholt wurde, führt allerdings zur Annahme einer vorangegangenen, wohl bei Wahl oder Krönung 961 erfolgten Huldigung. Doch fehlt es an einer unmittelbaren, zuverlässigen Meldung und vielleicht wurde — was Widukind unbekannt blieb — die Huldigung 973 gerade deshalb vorgenommen, weil sie vorher nicht voll geleistet worden war. Heinrich III. ward bei Lebzeiten des Vaters in Burgund gehuldigt⁴⁾, und das Fehlen ähnlicher Nachrichten aus Deutschland mag nur auf einem Zufall beruhen. Indessen ist hierbei die Leistung der Mannschaft nicht bezeugt. Jedenfalls wurde Heinrich IV., dem der kaiserliche Vater schon im Jahre 1051 den Treueid schwören liess, nicht zugleich die Mannschaft geleistet⁵⁾. Gaben doch selbst nach der zwei Jahre später erfolgten Wahl die Fürsten Heinrich III. nur das Versprechen, dem Sohne zu huldigen, wenn er wirklich Regent werde⁶⁾. Und das erfolgte dann nach dem Ableben des Kai-

1) Thietm. V, 18. Auch Adalbold (vgl. oben S. 52) spricht hier von einer Huldigung. Ihm schwebt aber eine Wahl- und Krönungsfeier vor, wie sie bei einer allgemeinen Erhebung vorkam. — Vielleicht ist auch die Nachricht Thietmars V, 20, dass zu Duisburg Bischöfe huldigten: „regem pariter eligentes fidei-que sacramentis firmantes“, auf eine solche einem gewissen Wahlakte nachfolgende Huldigung zu beziehen.

2) Cod. Lubic. 1^a S. 168. Ficker n. 5068.

3) Die Quellen (vgl. Ottenthal 131^b) sprechen nur vom Treueid.

4) Schon 1033 wurde dem jungen Heinrich auch Treue gelobt, 1038 ward ihm die Herrschaft förmlich übertragen, die Huldigung wiederholt. Wipo c. 30. 38.

5) Lambert 1052 SS. 5, 155; Herim. Aug. 1051 SS. 5, 129.

6) Herim. Aug. 1053 S. 133 „filium . . regem a cunctis eligi eique post obitum suum, si rector iustus futurus esset, subiectionem promitti fecit“. Im Gegensatz zur üblichen Auffassung (vgl. Giesebrecht 2, 485; Steindorff 2, 228), dass die Fürsten ihre spätere Huldigung von der gerechten Regierungsweise Heinrichs IV. abhängig machten, glaube ich den Zwischensatz „si — esset“ in anderem Sinne deuten zu sollen. Justus heisst nicht allein „gerecht“, sondern auch „rechtmässig“.

sers 1056 ¹⁾. Von Huldigungen an Heinrichs IV. Söhne Konrad und Heinrich wird uns nichts berichtet. Ebenso wenig melden die Darstellungen der Wahlen von 1147, 1169 und 1220. Wohl aber wurden im Jahre 1196 die deutschen Fürsten angehalten, dem jungen neugewählten Friedrich den Treueid zu leisten. Den Treueid, nicht auch die Mannschaft. Innocenz sagte in einem späteren Erlasse: alle Fürsten hätten damals Friedrich Treue gelobt, einige auch das Hominium geleistet ²⁾. Hinderte in erster Linie Friedrichs Fernsein von Deutschland an der Empfangnahme der Mannschaft, so hat wohl auch die Anschauung gewirkt, dass in solchem Falle volle Huldigung überhaupt noch nicht stattzufinden habe. Bei Konrads Wahl 1237 hat man sogar vom Treugelöbnis abgesehen und sich mit einem eidlichen Versprechen begnügt, dass nach des Kaisers Tode dem gewählten Konrad gehuldigt werden solle ³⁾.

Diese kurzen Beobachtungen lehren, dass in Verbindung mit den Designationen und Wahlen der Königssöhne bei Lebzeiten der Väter nicht regelmässig Huldigungen vorgenommen wurden, wie sie bei den feierlichen Erhebungen im Falle einer Thronvakanz vorkamen. Was wir als charakteristisch für letztere in Anspruch nehmen, gilt nicht auch für die ersteren. Ueber die Huldigungen letzterer Art aber hat uns unsere Uebersicht genügenden und sicheren Aufschluss verschafft. Sie waren stets ein wichtiger Bestandtheil jener Handlungen, welche zur feierlichen Erhebung eines Königs gehörten. Als Mitwirkende erscheinen dabei nur die oberen Gesellschaftsschichten der Unterthanen: die Fürsten, die Grossen, wohl alle Jene, die in unmittelbaren amtlichen oder lehensrechtlichen Beziehungen zum Könige standen und durch die Handreichung in das directe persönliche Verhältnis zu treten hatten. Diese leisteten Treueid und Mannschaft. Sie leisteten nur die vassalitische Huldigung und eine andere Huldigung wurde überhaupt nicht geleistet — wenigstens nicht in der Zeit, da die unmittelbaren Städte noch nicht huldigten. Unter den verschiedenen

¹⁾ Papst Victor veranlasste es „filio parvulo . . . optimates iurare faciens.“ Chron. Cas. II, 91 SS. 7, 690. Vgl. Meyer von Knonau, Heinrich IV. B. 1, 13.

²⁾ Reg. de neg. imp. n. 29, Migne 216 col. 1025 „concorditer elegerunt, fidelitatem ei pene penitus omnes et quidem hominum exhibentes“. — Vgl. Chron. reg. Col. Cont. II. ed. Waitz S. 159 Ficker n. 511^e.

³⁾ Dekret der Wähler Konrads Leges 2, 323 (Ficker n. 4386): „. . . ac etiam fide data eidem domino imperatori sacramento firmavimus, quod prefatum C. . . electum post mortem prenominati patris sui dominum et imperatorem nostrum habebimus . . . sibi iurabimus fidelitatem eidem, prout est moris et iuris imperii sacramenta prestantes.“

Handlungen aber, welche bei Wahl und Krönung der Könige üblich waren, nahm die Huldigung keine bestimmte Stelle ein. In den Jahren 1125, 1152 und 1247 fand sie nach vollzogener Wahl statt — 1125 nachweislich am Tage darauf; im Jahre 936 dagegen unmittelbar vor der Krönung, im Jahre 1002 und offenbar ebenso 1024 und 1212 nach beendeter Krönungsfeier.

Unsere Betrachtungen führten zu einem Ergebnis, welches auf das Schärfste den Behauptungen Lindners widerspricht. Die Annahme von zwei verschiedenen Huldigungen fanden wir unbegründet. Dass dieselben Personen zuerst als gemeine Unterthanen dem neuen Könige unmittelbar nach der Wahl Treue gelobten, um bald darauf, etwa am nächsten Tage, nochmals beim Empfang der Lehen als königliche Lehensträger zu huldigen, das ist an sich unwahrscheinlich und findet in den zeitgenössischen Nachrichten gar keine Anhaltspunkte. Und durch Lindners Ansicht würden überdies die historischen Thatfachen miteinander in einen gar sonderbaren Zusammenhang gelangen. So die Vorgänge im Jahre 1125. Am Tage der Wahl übten — so wäre der Verlauf nach Lindner zu denken — auch die Geistlichen die *Laudatio*, d. h. sie reichten dem König die Hand und sprachen das Treugelöbniß; am folgenden leisteten sie als Empfänger der Regalien — die *Narratio* sagt übrigens „*pro imperii reverentia*“ — nochmals einen Treueid, und zwar jetzt nur einen Treueid, kein *Hominium*, keine Handreichung. Aber hatten sie nicht bereits tags vorher, als sie die *Laudatio* übten, ihre Hände in die blutbefleckten des Königs gelegt? Oder hatten sie sich dessen schon damals geweigert? — Wir berühren damit einen weiteren wunden Punkt in Lindners Auffassung. Für seine *Laudatio*, für die nichtvassallitische Huldigung nimmt er auch das „*manus dare*“, die Handreichung in Anspruch, die man bisher allgemein als Symbol der vassallitischen Ergebung, die man eben für das der „*fidelitas*“ an die Seite gestellte „*hominium*“ ansah. Lindner that das und musste das thun, weil einige Berichte über Huldigungen, die sich zeitlich als *Laudationen* verwerthen liessen, gerade von dieser Handreichung meldeten. Und da andererseits Wipos Aeusserungen über den Treueid wegen ihrer Stellung nach dem Krönungsbericht mit der *Laudatio* nicht zu verbinden waren, so mussten sie, die mit keinem Worte den lebensrechtlichen Charakter der Huldigung andeuten, die nur vom Treugelöbniß berichten, als Nachrichten über königliche Belehnungen erklärt werden, während Widukinds Darstellung, welche ganz offenkundig die vassallitische Natur der Huldigung von 936 bezeichnet, als Zeugnis für eine nichtvassallitische Huldigung zu gelten hatte.

Wir dürfen unsere Beobachtungen mit der Bemerkung schliessen:

eine nichtvassalitishe Huldigung der deutschen Königswähler, wie sie Lindner voraussetzt, hat niemals bestanden.

IV.

Da uns die Prüfung der Ansicht Lindners über das Wahlverfahren stets zu dem gleich negativen Ergebnis geführt hat, so werden wir uns wohl auch jenen Ausführungen gegenüber ablehnend verhalten, die mittelbar mit dieser Ansicht zusammenhängen.

Die Thatsache, dass vollzogenen Königswahlen, ja vollzogenen Krönungen Erhebungsakte nachfolgten, welche von den Schriftstellern vielfach mit den für die Wahlen selbst angewandten Ausdrücken bezeichnet wurden und welche sich mitunter wirklich in den bei einer Wahl üblichen Formen vollzogen, diese Thatsache hat längst zu verschiedenen Erklärungsversuchen angeregt. Lindner glaubte in der Hauptsache das staatsrechtliche Verhältnis der wiederholten Königswahlen damit zu erklären, dass er sie für Laudationen ansah ¹⁾. So besonders mit eingehender Begründung die feierliche Erhebung Ottos I. zu Aachen 936 und die eigenthümlichen Ereignisse zu Merseburg im Jahre 1002.

Die Vorgänge bei der Aachener Krönungsfeier werden wir in der That nicht als Wahl gelten lassen dürfen. Ist doch Otto schon bei Lebzeiten des Vaters in einer Versammlung der Grossen und mit Zustimmung der Unterthanen zum Nachfolger designiert worden. Das war jener Akt, welcher die staatsrechtliche Funktion einer Wahl ausgeübt hatte. Aber anderseits hat die Willensäusserung der Unterthanen, die zu Aachen erfolgte, sich nicht in den Formen einer Huldigung allein bewegt. Die Grossen erhoben Otto — so meldet Widukind II, 1 — auf den Thron, huldigten, geleiteten ihn hierauf in feierlichem Zuge nach der Kirche, wo vor der Krönung der Mainzer Erzbischof das versammelte Volk befragte, ob „ista electio placeat“, wo schliesslich die Menge zum Zeichen der Zustimmung die Rechte erhob und dem neuen Herrn zujubelte. Die Huldigung ist demnach ein wichtiger Akt der Aachener Vorgänge, aber eben doch nur ein Akt. Die Befragung des Volkes und die Aeusserung einer Zustimmung haben

---

¹⁾ S. 144 heisst es allgemein: man kann die nachträglichen Anerkennungen als Laudationen betrachten. — Die Halberstädter Wahl von 1208 nennt Lindner 112 allerdings „Mittelding zwischen Wahl und Anerkennung“; die Vorgänge, die im Nov. 1208 zu Frankfurt spielten, waren „mehr eine Huldigung wie sie Philipp 1205 zu Aachen vollziehen liess“ (S. 113). Im Widerspruche mit letzterer Aeusserung scheint mir zu stehen, wenn der Vorgang von 1205 auf S. 110 als Wahl hingestellt wird.

mit der Huldigung nichts zu schaffen. Also weder als Wahl noch als Laudatio ist die Aachener Erhebung zu bezeichnen, sondern als Krönungsfeier. In ähnlicher Weise fanden offenbar regelmässig bei Gelegenheit der Königskrönungen Volkskundgebungen statt, eine Acclamation der versammelten Menge war — was man neuerdings manchmal missverstanden zu haben scheint — ein staatsrechtlich nothwendiger, obschon thatsächlich bedeutungsloser Akt ¹⁾).

Ganz anders verhält es sich mit der Beurtheilung der Merseburger Ereignisse von 1002. Mit einer seltenen Ausführlichkeit schildert Thietmar die Vorgänge. Eine grosse Versammlung sächsischer Fürsten empfing ehrfurchtsvoll Heinrich II. (V, 15). Am nächsten Tage brachte Herzog Bernhard in öffentlicher Versammlung Heinrich die Wünsche des Volkes vor, setzte die Bedürfnisse und Rechte Aller auseinander und fragte, was ihnen zugesagt werden solle. Heinrich versprach, sie zu schützen, und erklärte (V, 16): „*Et ut certi de hiis sitis, quomodo vobis placet, salvo honore regni affirmo (quia non rennuentibus nec contradicentibus hac regali dignitate honoratus appareo) legem igitur vestram non in aliquo corrumpere etc.*“ Jubelnder Zuruf des Volkes antwortete dem König, Herzog Bernhard aber überreichte Heinrich unter erneuter Zustimmung der Menge im Namen Aller die heilige Lanze und damit die Herrschaft über das Reich (V, 17). Dann folgte — Thietmar V, 18 sagt nicht, ob am selben Tage — die Huldigung durch Mannschaft und Treueid.

Diesem Bericht entnahm man bisher gewöhnlich, dass Heinrich den Sachsen gegenüber Anerkennung des Wahlrechtes aussprach, und ferner, dass zu Merseburg wirklich eine Königswahl vorgenommen wurde. Lindner leugnet Beides. Heinrich II. habe nichts dergleichen den Sachsen versprochen und der Merseburger Vorgang sei nicht als Wahl, sondern als „freie Anerkennung“ oder — wie er später sagt — als Laudatio (Huldigung) aufzufassen.

Die eine Behauptung begründet Lindner damit, dass „quia“ nicht „dass“, sondern „weil“ bedeute; Heinrich erkläre nicht, dass er mit dem Willen der Sachsen im königlichen Schmucke erscheine, sondern er erkläre, weil er ohne Widerspruch gekommen sei. Lindners Ausführungen scheinen mir durchaus überzeugend zu sein. Nur möchte

¹⁾ So darf man m. E. auch nicht die Nachricht des Cont. Reg. 961 „*convenientia quoque et electione Lothariensium Aquis ordinatur*“ (Ottenthal 299a) auf eine Wahl beziehen — wie Rodenberg und Waitz 6,158 — sondern auf die bei Krönungen üblichen Zustimmungserklärungen. Das Gleiche gilt von den Nachrichten über die Mainzer Krönungsfeier 1198. Auch hier spricht Rodenberg S. 13 gleich Winkelmann 1, 135 von einer zweiten Wahl Philipps.

ich als Inhalt der Affirmatio Heinrichs nicht das „*quomodo placet*“, sondern das „*legem . . non corrumpere*“ betrachtet sehen und die Stelle übersetzen: „ich erkläre Eurem Wunsche gemäss, weil ich . . , dass ich Euer Recht etc.“ Heinrich hat demnach den Sachsen keineswegs eingeräumt, „dass nur durch ihre Wahl er das Herrscherrecht über Sachsen zu erlangen berechtigt gewesen“ (Maurenbrecher); Heinrich unterzog sich auch nicht einer Neuwahl, denn er erschien ja im königlichen Schmucke. Der Vorgang zu Merseburg muss anders beurtheilt werden, als das bisher zumeist geschehen ist — aber auch etwas anders, als es Lindner wünscht. Denn als Huldigung können wir die Merseburger Ereignisse nicht bezeichnen. Hier geschah weit mehr als eine Huldigung. Dieser ging eine andere Handlung voraus, eine Willensäusserung der Sachsen, welche mit dem Akte der Huldigung gar nichts gemein hat. Herzog Bernhard handelte im Auftrag und in steter Uebereinstimmung mit dem versammelten Volk, die Versprechungen Heinrichs waren nicht Gnadenakte des anerkannten Herrn, sondern die Bedingungen der Anerkennung. Erst nach Erfüllung derselben wird durch Ueberreichung der Lanze Heinrich die „*cura regni*“ übertragen ¹⁾. Wenn man aber die Frage stellt, ob die Sachsen Heinrich schon vorher als ihren König betrachteten, so ist mit einem sicheren Nein zu antworten. Darüber lässt Thietmar, der den Merseburger Tag als „*dies quo [Heinrich] electus est*“ preist, keinen Zweifel bestehen, das war die Auffassung der Sachsen selbst. Diese behandelten Heinrich naturgemäss von vorne herein anders als einen beliebigen Reichsfürsten, sie konnten die vorausgegangene Wahl und Krönung nicht übersehen, sie wollten diese auch gar nicht annullieren und durch eine bessere Neuwahl ersetzen; sie beanspruchten nur ihrerseits ein gewisses Wahlrecht und sie übten dieses aus, indem sie durch einen Akt selbständiger Willensäusserung die vorausgegangene Wahl ergänzten. Wir haben es hier demnach mit einer jener Nachwahlen zu thun, die uns bald näher beschäftigen sollen. Ob zu Merseburg das bei Königswahlen übliche Verfahren beobachtet wurde, das ist allerdings eine andere Frage. Die ausführlichen Mittheilungen Thietmars lassen mit Sicherheit erkennen, dass eine Abstimmung damals nicht stattfand. Das Ausserordentliche, dass man den schon Gekrönten erheben wollte, mag allein ein Abgehen vom üblichen Wahlverfahren gerechtfertigt haben. Aber war denn der Vorgang zu Merseburg verschieden von dem zu Mainz? Wir wissen es nicht sicher, weil es

---

¹⁾ Es ist ein Irrthum Maurenbrechers S. 82, das als Huldigung zu bezeichnen.

uns an Zeugnissen über den Hergang bei Königswahlen aus dieser Zeit noch vollständig gebricht.

Lindner, der ja ein Abstimmen bei den Königswahlen leugnet, müsste gerade in diesen Merseburger Ereignissen vieles finden, was seine Theorie zu stützen geeignet wäre. Und in der That: obwohl er eifrigst die Ansicht bekämpft, dass zu Merseburg eine Wahl stattfand, obwohl er Heinrichs Erhebung in Sachsen lediglich als *Laudatio* (Huldigung) gelten lassen will (S. 27. 29. 80), so erklärt er an anderem Orte — in schroffem Widerspruch zu eigenen Ausserungen, dass der Bericht Adalbolds über den gleichen Vorgang „als eine allgemeine Beschreibung des bei den Königswahlen üblichen Hergangs“ zu benutzen sei (S. 73) und dass Herzog Bernhard damals als *Elector* fungiert habe (S. 87).

Die Erklärungen Lindners vermochten uns also nicht ganz zu befriedigen. Wohl fanden zu Aachen 936 und zu Merseburg 1002 Huldigungen statt, aber diese bildeten nicht das Charakteristische der Vorgänge. Die Aachener Ereignisse sind als Krönungsfeier, die Merseburger als Nachwahl zu beurtheilen.

Die staatsrechtliche Bedeutung der Nachwahlen muss uns noch näher beschäftigen. Eine Arbeit Rodenbergs stellte in verdienstvoller Weise die betreffenden Nachrichten zusammen. Weil aber dabei all das, was die Schriftsteller mit „*eligere*“ und „*collaudare*“ bezeichneten, als wirkliche Wahlhandlung angesehen und verwerthet wurde, so konnte m. E. eine richtige Würdigung der Nachwahlen nicht immer erlangt werden.

Rodenberg unterscheidet (S. 48 f.) zwei Arten von wiederholten Wahlen, nämlich solche, welche den schon bei Lebzeiten des Vorgängers Gewählten in die Herrschaft einzuführen berufen waren, und ferner Anerkennungswahlen, vorgenommen von denen, die bei der Hauptwahl nicht mitgewirkt hatten.

Die ersteren, die Rodenberg S. 2 sogar als allgemeine Neuwahlen bezeichnete, dürfen aber als Wahlen überhaupt nicht gelten. Wenn wir hören, dass die Kreuzfahrer auf die Meldung vom Tode Heinrichs den schon früher gewählten Friedrich II. zu Accon „*secundo elegerunt fidelitatem ei iuratorium facientes*“¹⁾, so dürfen wir m. E. mit Rücksicht auf die ungemein weite Bedeutung, welche die Schriftsteller dem

---

¹⁾ Gest. ep. Halb. SS. 23, 112. — Ann. Stad. SS. 16, 353 „*principes tunc peregrini elegerunt filium imperatoris F.*“ — Arn. Lub. V, 27 SS. 21, 206 „*ut omnes regni primores ibi presentes suramentaliter fidem facerent imperatoris filio*“.

Worte „eligere“ gaben, nicht auf eine wirkliche Wahl schliessen, sondern, das „facientes“ als Erklärung des „elegerunt“ auffassend, bloss die Wiederholung des Gelöbnisses annehmen. Vollends ist der Bericht über die dem Ableben Ottos I. folgenden Ereignisse nicht als Zeugnis einer Neuwahl zu beurtheilen. Am Morgen nach des alten Kaisers Tode haben die Grossen Otto II. nochmals Treue und Mannschaft geleistet¹⁾ und — fügt Widukind hinzu — der so vom ganzen Volke nochmals Gewählte habe hierauf für das Begräbnis gesorgt u. s. w. Mit „ab omni populo electus“ fasst aber Widukind offenbar nur das zusammen, was er vorher mit „manus dabant etc.“ schilderte. An ein wiederholtes Wahlverfahren zu denken, liegt kein Anlass vor. Und so fehlt es denn auch sonst an einem Anzeichen, dass es üblich gewesen sei, den schon bei Lebzeiten des kaiserlichen Vaters Gewählten und Gekrönten nach des Vorgängers Ableben nochmals feierlich zu wählen.

Dagegen sind Nachwahlen vorgekommen und von solchen Fürsten vorgenommen worden, die sich an der Hauptwahl nicht betheiligt hatten. Diese Wahlen sind das Erzeugnis jener individualistischen Auffassung, die im deutschen Gemeinwesen dieses Zeitalters vielfach herrschte. Das Organ für die Geltendmachung des Wahlrechtes war der allgemeine Wahltag. Aber er besass nicht die rechtliche Autorität, um dem Gewählten allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Nicht Jeder fühlte sich verbunden, dem Beschluss des Wahltages folgen zu müssen. Die Vorgänge in Sachsen während des Jahres 1002 sind hiefür besonders charakteristisch. Als Markgraf Liuthar auf der Versammlung zu Frosa merkte, dass Markgraf Ekkehard selbst das Königthum anstrebe, unterredete er sich insgeheim mit den Vornehmsten und bewog sie zum Eide „se nullum sibi dominum vel regem communiter vel singulariter electuros ante constitutum in Werlo colloquium“²⁾. Soweit war man damals noch von den Vorstellungen entfernt, dass eine allgemeine Wahl nöthig und dass der Beschluss dieser verbindlich für alle Reichsunterthanen sei. Nicht anders war die Auffassung, welche in der Zeit hervortrat, da auf Heinrichs VI. Bestrebungen einer Verfassungsänderung ein kräftiger Rückschlag erfolgte und das Recht der Unterthanen, sich selbst den König zu bestellen, bestimmter begehrt wurde. Noch galt eine einheitliche Wahl nicht für erforderlich. Wenn wir beobachten, dass in beiden Parteilagern

¹⁾ Vgl. oben S. 68. — Thietmar 2, 44 sagt hier: iterum conlaudatur a cunctis in dominum et regem.

²⁾ Thietmar 4, 52.

auch solche Personen Wahldekrete mitausfertigten und gewählt zu haben erklärten, deren Fernsein vom Wahlakte wir sicher nachweisen können, und wenn der Papst in seinen Erlässen die Wahl nicht nach den wirklichen Theilnehmern, sondern nach den Anhängern der Gewählten beurtheilte, dann sehen wir eben: die richtige Ausübung des Wahlrechtes war nicht abhängig von der Theilnahme an der Wahl selbst, auch die nachträgliche Anerkennung wurde als solche geschätzt.

War ein Fürst von einer Wahl ferngeblieben, dann konnte er entweder, stillschweigend sich dem Beschlusse des Wahltages fügend, durch die Huldigung seine Anerkennung zum Ausdrucke bringen oder überdies durch einen weiteren besonderen Akt sein Recht der Theilnahme an der Königswahl wahrnehmen. Huldigungen und solche Handlungen, die wir als Nachwahlen bezeichnen können, sind — wie Rodenberg richtig bemerkt — wohl zu unterscheiden ¹⁾. Gegen Ende des Jahres 1204 leisteten der Kölner Erzbischof und der Herzog von Brabant dem König Philipp den Treueid, aber bei der Aachener Königswahl im Januar 1205 wirkten sie gleichwohl jedenfalls mit ²⁾. Ob ein Fürst sich mit blosser Huldigung begnügte oder noch in anderer Art sein Recht der Mitbestimmung des Königs ausübte, das hing von zufälligen Umständen ab, insbesondere davon, ob eine Mehrheit von Wählern oder ob nur Einzelne die Anerkennung aussprachen. Im ersteren Falle kam es naturgemäss leichter zu einer wirklichen Wahl als in letzterem, wo gewöhnlich bloss eine Huldigung stattfand.

Und weiter. Nachwahlen fanden gerade in solchen Zeiten reiche Anwendung, da nach längerer Pause das freie Wahlrecht sich Bahn brach. So 1002, so in den Heinrichs VI. Tode folgenden Jahren. Nachwahlen wollen nicht Neuwahlen sein, sie wollen die vorausgegangene Wahl nicht aufheben, sondern nur ergänzen und nur den Wahlberechtigten, die der Hauptwahl ferngeblieben waren, das Recht wahren. Im Grunde können Neuwahlen erst in einer Zeit stattfinden, da schon der Grundsatz herrschend geworden ist, dass eine einheit-

---

¹⁾ Es ist kaum immer möglich zu entscheiden, ob bloss Huldigung oder Nachwahl stattfand. Aber jedenfalls ging Rodenberg in der Aufzählung der Nachwahlen zu weit, weil er den Aussagen der Schriftsteller — wie ich glaube — etwas mechanisch folgte.

²⁾ Vgl. Rodenberg S. 7. — Dass die Huldigung der Wahl vorangegangen ist, kam in Italien schon früher vor. So leistete 1004 der Mailänder Erzbischof Heinrich II. zu Bergamo die Huldigung, während die Wahl etwas später zu Pavia stattfand. Thietm. 6, 6. Das hängt indessen damit zusammen, dass durch die Wahl in Deutschland der König bereits Ansprüche auf die italische Herrschaft besass.

liche und richtig vollzogene Wahl verbindlich sei für das ganze Reich. Daher kennt das spätere Mittelalter nur Neuwahlen, die frühere Periode nur Nachwahlen oder wenigstens fast nur Nachwahlen. Nur einmal ward ganz vereinzelt schon bei Philipps Wahl zu Aachen im Jahre 1205 der Grundsatz einer Neuwahl geltend gemacht. Philipp habe damals — wie eine Fassung der Kölner Königschronik durchaus glaubwürdig meldet ¹⁾ — Königstitel und Krone abgelegt, sich einer neuen Wahl unterzogen und sei hierauf vom Kölner Erzbischof gekrönt worden. Das sollte den Fürsten die „libera electio“ gewährleisten, Philipp aber die Anerkennung einiger mächtiger Fürsten und vor allem die Krone aus richtiger Hand verschaffen.

Der Vorgang von 1205 ist überaus bezeichnend für den Werth, den man der Ausübung wirklicher Wahl beizulegen begann. Philipp war es nur um Anerkennung zu thun, den Fürsten um das Wählen. Deshalb wählte der Kölner, obwohl er kurz vorher bereits gehuldigt hatte.

Wenige Jahrzehnte später war die Sachlage anders.

Im Jahre 1252 begehrte Wilhelm — wie wir noch hören werden — eine nachträgliche Wahl von jenen Fürsten, die als eigentliche Königswähler galten und die ihn vorher noch nicht gewählt hatten. So wurde Gewicht darauf gelegt, dass diejenigen, welche für wahlberechtigt galten, auch wirklich wählten, nicht durch Huldigung allein ihre Anerkennung aussprachen. Damit war ein weiterer wichtiger Fortschritt gegenüber der älteren Auffassung gewonnen und dieser führte in raschem Uebergang zur Forderung einer einzigen allgemein rechtsverbindlichen Wahlhandlung.

Aber gleichzeitig mit dieser Entwicklung musste die Bildung einer fest bestimmten Wahlberechtigung und eines sicher normierten Wahlverfahrens erfolgt sein.

V.

Es wurde schon hervorgehoben, dass Lindners Ansicht über das ältere Wahlverfahren sich zwar von der bisher üblichen Auffassung weit entfernt, aber im Grunde die Hauptfragen, die bisher bei der Entstehung des Kurkollegs gestellt wurden, bestehen lässt. Und so dürfen und müssen wir trotz der ablehnenden Haltung, die wir gegenüber der originellen Ansicht betreffend Elector und Laudatio einnehmen, das Verhältnis der Ausführungen Lindners zu den bisher geäußerten Annahmen ins Auge fassen.

¹⁾ Rodenbergs Einwände S. 7 ff. konnten mich nicht überzeugen.

In der Behandlung der beiden Grundfragen, die sich auf die Entstehung des Ehrenrechts und auf die Umwandlung des Vorstimmrechts in das ausschliessliche Wahlrecht beziehen, gehen die Ansichten weit auseinander. Als feststehend darf nur gelten, dass im 11. Jahrhundert ein Ehrenrecht des Vorstimmens noch nicht vorhanden, dass dagegen zur Zeit des Sachsenspiegels die alte Ordnung der Abstimmung verändert und eine Gruppe von Fürsten als vorstimmberechtigt bekannt war. Denn die Annahme, Eike von Rebgau habe seine Theorie frei erfunden, dürfte im Hinblick auf verwandte Nachrichten desselben Zeitalters wohl kaum einen Vertreter mehr besitzen. Auf die Ergründung des Wie und Wann dieser Umbildung aber, insbesondere auf den Nachweis eines Vorstimmrechtes im 12. Jahrhundert hat man die allergrösste Mühe verwendet. Umsonst! Es fehlen eben nähere sichere Nachrichten über das Verfahren der Abstimmung, und die Anwendung mittelbarer Beweisführung erzeugte leicht einen künstlichen Aufbau gewagtester und mitunter willkürlicher Kombinationen.

Eine wirkliche Stütze und den eigentlichen Ausgangspunkt aber für alle Erwägungen dieser Art glaubte man gewöhnlich in den Berichten über die Doppelwahl von 1198 zu besitzen. Man sah diese als Zeugnisse für das Dasein bevorrechteter Wähler an, ja man meinte, diese Vorzüge einiger Fürsten hätten sich nicht mehr allein auf das Gebiet der Ehrenrechte beschränkt.

Nach zwei Richtungen bekämpft Lindner die übliche Ansicht. Einmal wendet er sich scharf dagegen, dass die Kurie absichtsvoll die Bildung eines Kurkollegs befördert habe, um sich besser mit einer geringen Anzahl von Wählern auseinandersetzen zu können. Dann verwirft er die Annahme, dass damals eine Verengerung der Wählergruppe zu beobachten sei. In beiden Beziehungen scheint mir der Beweis voll erbracht zu sein. Mit gutem Grund weist Lindner darauf hin, dass die Worte „*principes ad quos principaliter spectat electio*“, die sich gelegentlich in päpstlichen Entscheidungen vorfinden, keineswegs bei der römischen Kurie die bestimmte Vorstellung von besonderen Wahlrechten weniger Fürsten voraussetzen lassen, dass der Papst diese Worte gar nicht auf die bei der Wahl Anwesenden, sondern auf die späteren Anhänger Ottos bezog und dass daher die mehrfach angestellten Berechnungen, welche Fürsten wohl Innocenz gemeint haben könne, ganz überflüssig seien (S. 101). Mit einem Vorrecht bei der feierlichen Abstimmung — und das soll ja zuerst bewiesen werden — hat der von der römischen Kurie ausgesprochene Vorrang nichts gemein.

Aber wir dürfen noch weiter gehen und die Behauptung aufstellen: Innocenz traf seine Entscheidung zu Gunsten Ottos gar nicht

auf Grund einer Wahlprüfung, er wollte ein Urtheil über die Rechtmässigkeit der Wahl überhaupt nicht fällen. Immer und immer wieder betonte er in den zahlreichen Erlassen, welche die Doppelwahl von 1198 behandeln, dass er die Persönlichkeit der Gewählten prüfen, ihre Eignung für das Kaiserthum untersuchen und demgemäss das Urtheil sprechen, den deutschen Fürsten aber das freie Wahlrecht nicht antasten wolle ¹⁾. Das ist der bestimmte Rechtsstandpunkt, den die Kurie einnahm und den sie während der gesammten Verhandlungen niemals verliess.

Wie vertrug sich indessen das von der Kurie beanspruchte Recht mit der den deutschen Fürsten ausdrücklich gewährten Befugnis? Hatte sich die Erhebung eines Königs einmüthig vollzogen, dann war das Verhältnis klar. Da konnte der Papst den Gewählten verwerfen, ohne das fürstliche Wahlrecht irgendwie zu leugnen. Aber bei einer Doppelwahl, da naturgemäss beide Parteien die Rechtmässigkeit ihrer Aktion in Anspruch nahmen? Folgerichtig hätte in solchem Falle dem Spruche über die Tauglichkeit der Person ein solcher über die Rechtmässigkeit einer der beiden Wahlen vorausgehen müssen und die Prüfung der Person hätte sich nur auf den einen rechtmässig Gewählten erstrecken dürfen. Aber wer sollte die Prüfung der Wahl vornehmen? Der Papst? Ein Anspruch der Kurie auf das Richteramt über die Rechtmässigkeit der Wahlen würde in Deutschland als ein tiefer Eingriff in fürstliche Gerechtsame empfunden worden sein. Innocenz erhob daher diesen Anspruch nicht ²⁾. Als die Parteileute Philipps nach Ottos Anerkennung den Vorwurf unberechtigter Eimischung in deutsche Wahlangelegenheiten wider die Kurie erhoben, da antwortete Innocenz, dass sein Legat weder mitwählen noch einen Richterspruch über die Wahlen thun wollte, sondern lediglich das päpstliche Urtheil von der Unwürdigkeit Philipps und der Würdigkeit Ottos verkündet habe. Das ist derselbe Standpunkt, den man in Rom von Anfang an eingenommen hatte. Aber eine solche Entscheidung, getroffen lediglich auf Grund einer Prüfung der gewählten Persönlichkeiten und ohne Rücksicht auf das Ergebnis einer Prüfung der Wahl selbst, musste wiederum als Verletzung der fürstlichen Wahlgerechtsame empfunden werden. Die Kurie kam aus einem Widerstreit der Interessen und Ansprüche nicht heraus. Einerseits Anerkennung der Wahlfreiheit in Deutschland und deshalb keine Entscheidung über

¹⁾ Vgl. z. B. Reg. de neg. imp. n. 21, Migne 1020: „ei curaremus favorem apostolicam impertiri, quem crederemus maioribus studiis et meritis adjuvari“. Ebenso n. 33, 35, 39, 43, 44, 45 S. 1037, 1041, 1043, 1045, 1046.

²⁾ Vgl. dagegen Kirchhöfer S. 52.

die Rechtmässigkeit der Wahl, anderseits Anspruch auf Approbation der Gewählten. Da sich eine Entscheidung unter gleichmässiger Erfüllung dieser Forderungen nicht geben liess, wenn keine einheitliche Wahl vorangegangen war, so fand schliesslich — nicht von Anfang an — der Papst den Ausweg, dass er die Rechtmässigkeit der Wahl Ottos gegenüber der Philipps gleichsam als selbstverständlich zur Voraussetzung nahm. Aber nicht als eigentliche Begründung des päpstlichen Entscheides selbst, bloss zur Verhüllung des Bruches, den das freie Wahlrecht immerhin durch den päpstlichen Spruch erfahren musste, erscheint nebenher die Behauptung, dass Ottos Wahl die bessere sei.

In der bekannten *Deliberatio*, welche die päpstliche Meinung ausführlich begründet, äussert sich Innocenz über die drei gewählten Könige. Friedrich II. sei zwar rechtmässig gewählt worden, aber dessen Wahl ungiltig, weil sie eine ganz ungeeignete Person betraf; Philipps Erhebung habe die Mehrheit und die vornehmere Gruppe der Fürsten vorgenommen, welche ihn auch jetzt noch anerkenne ¹⁾, doch sei der Erwählte unwürdig; von Otto werde behauptet, dass ihn eine Minderheit gewählt habe, da aber nachträglich der Wahl ebensoviel oder mehr vornehmlich wahlberechtigte Fürsten zugestimmt hätten, da weit massgebender als die Zahl der Wähler die Würdigkeit der Gewählten sei ²⁾ und da Otto für durchaus geeignet befunden werde, so falle die Entscheidung zu dessen Gunsten. Nicht auf Grund einer Prüfung der Wahl, nicht weil Ottos Wahl die bessere sei, neigt sich die Gunst der Kurie dem Welfen zu, sondern im Gegensatz zum Wahlergebnis, wie es der Papst selbst auffasste und aussprach, wird die Entscheidung getroffen und der Widerspruch, in den sich die päpstliche Verfügung mit der gewährleisteten Wahlfreiheit setzte, nur nothdürftig durch den Hinweis auf die nachträgliche Vermehrung der Anhängerschaft Ottos zu verdecken getrachtet.

In dem für die deutschen Fürsten bestimmten Schreiben aber, welches — vom 1. März 1201 datiert — am 3. Juli vom Legaten veröffentlicht wurde, ging Innocenz der Frage nach der Rechtmässigkeit der Wahl vollständig aus dem Wege und verschmähte sogar jenen

¹⁾ *Reg. de neg. imp. n. 29* (Ficker-Winkelmann 5724^a) Migne 216 col. 1026 „cum ipse a plurioribus et dignioribus sit electus et adhuc plures et digniores principes sequantur eundem.

²⁾ „cum non minus idoneitas seu dignitas electae personae, imo plus quam eligentium numerus sit in talibus attendendus“. a. a. O. col. 1030 f. Winkelmann 1, 202 übergeht gerade diese Worte, auf die ich das grösste Gewicht legen möchte.

undeutlichen Hinweis der *Deliberatio* ¹⁾. Erst der Vorwurf, dass er das Wahlrecht missachtet habe, veranlasste ihn zu der Bemerkung, dass er ja nicht die Person Ottos auserwählt, sondern nur den anerkannt habe, welchen die Mehrzahl der Wahlberechtigten erhoben. In einem Schreiben an den Kölner begegnet zuerst diese Begründung ²⁾. Eingehender aber äusserte sich der Papst darüber in jenem Erlasse „*Venerabilem*“, welcher den Vorwurf der staufischen Parteileute zurückweisen sollte. Der Legat habe als *Denuntiator* fungiert, nämlich die Person des schwäbischen Herzogs für unwürdig, die des Königs Otto für geeignet zur Erlangung des *Imperiums* erklärt, und das nicht so mit Rücksicht auf den Eifer der Wähler, als vielmehr in Erwägung der Verdienste des Gewählten; im übrigen sei die Mehrzahl der Wahlberechtigten auf Otto übereingekommen und das unrechte Betragen der Anhänger Philipps, die nach Zurückweisung anderer Wahlberechtigter zur Wahl geschritten waren, sei ganz offenbar ³⁾. Die Entscheidung zu Gunsten Ottos wird auch hier in der Hauptsache nicht mit der besseren Wahl desselben motiviert, sondern mit dessen persönlicher Eignung. Der Hinweis auf die Mehrheit der Wähler — mit „*quamvis*“ an die eigentliche Begründung angeschlossen — soll lediglich den Vorwurf entkräften, dass fürstliche Gerechtsame verletzt wurden. Ward im Erlass vom 1. März 1201 nur gesagt: Otto sei gewählt worden, so wurde hier an der entsprechenden Stelle beigefügt: von der Mehrheit. Die lauter werdenden Klagen über eine Rechtsverletzung Roms haben offenbar allein diesen Hinweis begehrt, die Kurie sollte gerechtfertigt und die Entscheidung mit dem von Rom immer wieder verkündeten Grundsatz der Unantastbarkeit des fürstlichen Wahlrechtes in Uebereinstimmung gebracht werden.

Fassen wir das Verhältnis Innocenz' zur Doppelwahl von 1198 unter diesen Gesichtspunkten auf, dann werden wir von einer planvollen Beeinflussung des deutschen Wahlverfahrens durch die Kurie, von einer Verkündigung neuer Grundsätze u. dgl. nicht sprechen dürfen. Den Versuch aber, die Worte „*ad quos specialiter spectat*

¹⁾ „Cum . . Otto vix sit industrius . . cum etiam electus in regem, ubi debuit et a quo debuit coronatus et ipse . . idoneus . . , nos . . in regem recepimus“. Reg. n. 33 (Ficker-Winkelman 5732) Migne col. 1040.

²⁾ „Non enim elegimus nos personam, sed electo ab eorum parte maiori, qui vocem habere in imperatoris electione noscuntur, et ubi debuit et a quo debuit coronato, favorem praestitimus“. Reg. n. 55 (Ficker-Winkelman 5771) Migne col. 1057. Vgl. auch Reg. n. 56 Migne 1058.

³⁾ Reg. n. 62 vgl. oben S. 61 „personam regis ipsius denuntiavit idoneam . . non tam propter studia eligentium quam propter merita electorum; quamvis

imperatoris electio“ auf eine wirklich bevorrechtigte Klasse von Wählern zu beziehen und diese Wahlfürsten zu bestimmen, müssen wir nach all den Erwägungen mit Lindner entschieden verwerfen.

Und damit kommen wir auf den zweiten Punkt zu sprechen, der von Lindner bei Betrachtung der Vorgänge von 1198 hervorgehoben wurde. Von einer Beschränkung des Wahlrechts auf den neuen engeren Reichsfürstenstand kann den verschiedenen Aussagen der Geschichtsschreiber und Urkunden gemäss keine Rede sein. Es muss als ganz sicher bezeugt gelten, dass 1198 eine Veränderung der Wahlberechtigung nicht stattgefunden hat. Im übrigen darf ich mich hier mit einem Hinweis auf Lindners Untersuchungen begnügen.

Die neue Beurtheilung der Doppelwahl von 1198 scheint mir von grosser Bedeutung für die Kurfürstenfrage zu sein. Denn das scheinbar sichere Ergebnis, dass am Ende des 12. Jahrhunderts eine kleine Gruppe von Fürsten mit besonderen Wahlrechten ausgestattet war, bildete die eigentliche Grundlage für all jene Vermuthungen und Schlüsse, die von wahrscheinlichen Annahmen zu möglichen und schliesslich mitunter zu unmöglichen vorschritten und über die Ausbildung des Vorstimmrechts im 12. Jahrhundert sich entfalteten. Den luftigen Gebilden geistvoller und nicht geistvoller Kombinationen ist jetzt der reale Boden entzogen. Und dasselbe gilt von jener verbreiteten und oft wiederholten Ansicht ¹⁾, dass Friedrich II. die in den Anfängen begriffene Bildung des Kurkollegs planvoll zu ersticken versuchte und thatsächlich eine rückläufige Bewegung in dieser Entwicklung zu bewirken vermochte.

Längst freilich mochte die alte, im 11. Jahrhundert übliche Reihenfolge der Abstimmung verändert worden sein, längst einigen Fürsten das Ehrenrecht der ersten Stimmabgabe zustehen. Die Berichte über die Doppelwahl von 1198 leugnen das nicht. Aber da keine positive Meldung aus dieser Zeit vorliegt, so haben wir uns eine nähere Bestimmung des Zeitpunktes dieser Veränderung durchaus zu versagen.

Müssen wir in gleicher Weise eine Beantwortung der Frage nach den Grundlagen des Ehrenrechtes ablehnen? Gerade das ist in der Litteratur mit besonderem Eifer behandelt worden, und zwei Hauptansichten, die allerdings manchmal in gewisser Kombination auftraten, stehen einander gegenüber: einmal jene, die das Vorstimmrecht auf

---

plures ex illis qui eligendi regem . . . obtinent potestatem consensisse perhibeantur . . . et ex eo quod fautores Philippi, absentibus aliis et contemptis, ipsum eligere praesumpserunt.

¹⁾ Auch Kirchhöfer S. 92 ff. theilt sie.

den vorangegangenen Besitz des Erzamtes begründet, dann die, welche es auf die Stammesherzoge zurückzuführen sucht. Lindner lehnt beide Annahmen ab und meint, dass bei der — aus theoretischen Erwägungen hervorgegangenen — Auswahl der Bevorrechtigten die Rücksicht auf eine Vertretung der verschiedenen Reichsgebiete massgebend gewesen (S. 203 ff.) und dass wegen der Wichtigkeit des Sachsenstammes neben dem sächsischen Herzog auch der brandenburgische Markgraf in das Kollegium der Electores aufgenommen worden sei. Wie indessen territoriale Rücksichten das schwäbische und bairische Stammesgebiet unbeachtet lassen konnten, wie „vom theoretischen Standpunkte“ aus Baiern zurückgedrängt wurde, warum der schwäbische Herzog und vornehmlich die mächtigen Babenberger übergangen wurden — über all das bietet Lindner keine befriedigende Aufklärung.

Mir scheint die in letzter Zeit mehr verpönte Erzämtertheorie immerhin die verhältnismässig grösste Glaubwürdigkeit zu verdienen. Und gerade die Zurückweisung jener Annahme vom Hervortreten bevorrechtigter Wähler im Jahre 1198 beseitigt manche Einwände, die bisher gegen diese Theorie erhoben wurden. Das zeitliche Verhältnis der Nachrichten, die über das Erzamt einerseits und das Vorstimmrecht anderseits vorliegen, gestaltet sich jetzt wesentlich anders. Wissen wir auch wenig, so ist doch Lindners Behauptung (S. 181, 182, 185) gewiss ungerechtfertigt, dass die Vierzahl der Erzämter zunächst nicht einmal feststand, dass je nach der Anzahl der anwesenden Herzoge „ein Amt für mehrere zerlegt oder auch zwei in eines zusammengezogen“ wurden. Dem widerspricht rundweg, dass von der fränkischen Zeit her die Vierzahl der obersten Hofwürden feststand.

Eine Verbindung der Erzämter mit bestimmten Fürstenthümern hat im 10. Jahrhundert — wie die Meldungen über die Krönungsfeier 936 und über das Quedlinburger Festmahl 986 lehren — noch nicht bestanden. Die vielbesprochene Nachricht Arnolds dagegen über die Mainzer Feier 1184 deutet auf eine Vertheilung der Erzwürden an jene vier Fürsten hin, welche später im Besitze derselben nachzuweisen sind. Und da wir überdies hören, dass der böhmische Herzog schon zur Zeit Heinrichs V. das Schenkenamt versah, so erfährt die Andeutung Arnolds eine entschiedene Bestätigung. Wir können demnach — theils mit voller Bestimmtheit, theils mehr vermuthungsweise — bei den späteren weltlichen Kurfürsten den Besitz des Erzamtes schon in einer Zeit erkennen, da wir von Wahlvorrechten derselben, ja vom Dasein solcher Rechte überhaupt noch nichts hörten. Und wenn wir — im Gegensatz zu Lindner S. 183 f. — daran festhalten, dass nach der Ansicht des Sachsenspiegels das Vorstimmrecht auf das Erzamt zurück-

gehe, so werden wir erklären dürfen: eine Veranlassung, diese im 13. Jahrhundert festgewurzelte Meinung als irrig zu betrachten, liege nicht vor.

Nicht bloss das äusserliche Moment, dass die Nachrichten über das Erzamt denen über das Vorstimmrecht zeitlich vorangehen, sondern auch ein sozusagen innerer Grund ist dafür ins Feld zu führen. Was liegt näher als die Annahme, dass die weltlichen Erzbeamten, welche beim zweiten Akte der feierlichen Erhebung, beim Krönungsfest, einen Vorrang genossen, allmählich einen zunächst an sich bedeutungslosen Vorzug bei der Wahlhandlung erwarben? Ist doch ein Gleiches bei den drei rheinischen Erzbischöfen bezeugt, welche bei der Krönung vor den anderen Standesgenossen längst ausgezeichnet waren. Die Gegner der Erzämtertheorie wurden — mitunter unbewusst — durch Vorstellungen von der späteren Entwicklung beherrscht ¹⁾. Wer konnte die spätere Bildung voraussehen? Willig mochten die mächtigeren Herren ihren fürstlichen Genossen, die bei der Krönungsfeier als Erzbeamte fungierten, den zunächst ganz wirkungslosen Vorzug des Vorstimmens einräumen. Halten wir uns die ursprüngliche und noch vom Sachsenspiegel scharf betonte sachliche Bedeutungslosigkeit des Vorstimmens vor Augen, dann wird uns die Ansicht von der Begründung dieses Rechtes auf das Erzamt als in hohem Masse wahrscheinlich erscheinen.

Eine bevorzugte Rolle bei der Krönungsfeier hat unserer Ansicht gemäss den späteren sieben Kurfürsten eine solche bei der Wahlfeier verschafft, und zwar war es bei den weltlichen Fürsten der Besitz des Erzamtes, welcher das bewirkt hatte. Aber wohlgemerkt: das Erzamt hat das Ehrenrecht des Vorstimmens, nicht die Umbildung dieses in das Wahlrecht geschaffen. Weil diese beiden Momente nicht genügend scharf auseinander gehalten wurden, deshalb schlichen sich m. E. manche Irrthümer in die Betrachtungsweise ein. Auf die Beantwortung dieser zweiten Grundfrage aber ist das eigentliche Schwergewicht der Untersuchungen zu legen, welche von der Entstehung des Kurkollegs handeln. Die Entstehung des Ehrenrechtes ist ziemlich bedeutungslos, der Umwandlung in das ausschliessliche Wahlrecht kommt die allergrösste Wichtigkeit zu.

Im Laufe weniger Jahrzehnte muss die Umwandlung erfolgt sein. Da die Wahlen von 1198 anders zu beurtheilen sind, als es vor Lindner zumeist geschehen ist, so wird die zeitliche Ausdehnung dieser Entwicklung noch mehr beschränkt. Bemerkten wir um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts noch keine Veränderung, so war da-

¹⁾ Auch Lindner S. 183.

gegen im Jahre 1257 die Bildung eines ausschliesslichen Kurrechtes ziemlich weit gediehen, im Jahre 1273 im wesentlichen schon abgeschlossen.

Enthalten nun die Nachrichten über Wahlen zwischen 1198 und 1257 noch nichts von einer beginnenden Umwandlung des Wahlverfahrens und der Wahlberechtigung? Lindner antwortet mit einem bestimmten Nein und meint, dass 1257 die theoretisch ausgebildete Lehre vom ausschliesslichen Wahlrecht einiger Fürsten gleichsam mit einem Schlage in die Praxis eingeführt worden sei. Er leugnet insbesondere, dass die Wahlen von 1220, 1237, 1247 und 1252 irgend welche Andeutungen eines sich vollziehenden Umschwunges enthalten, er glaubt, dass damals durchaus unverändert das alte Wahlverfahren und die alte Wahlberechtigung herrschten.

Friedrich II. suchte bekanntlich die Wahl seines Sohnes Heinrich dem Papste gegenüber als eine spontane und gegen seinen Wunsch erfolgte Aktion der Fürsten darzustellen. Damit übereinstimmend berichtet auch der Reichskanzler nach Rom: „*improvisum in filium domini mei . . . vota tam electorum quam etiam omnium principum et nobilium Teutonice convenerunt*“¹⁾. Der hier offen ausgesprochene Gegensatz von „*electores*“ und „*principes*“ ward zumeist als sicheres Zeugnis dafür angesehen, dass man anfangs, aus dem Kreise der Reichsfürsten eine kleine Gruppe von besonders berechtigten Wählern hervorzuheben. In ganz anderer Weise beurtheilt Lindner den Gegensatz. Er greift auf eine frühere Ansicht Tannerts zurück, welche dieser später wieder aufgegeben hatte²⁾, und übersetzt: die Wünsche sowohl der Wähler (d. i. der Anwesenden) als auch aller Fürsten und Edlen (d. i. der Nichtanwesenden) trafen zusammen. Ein Moment spricht aber gegen diese Deutung und hebt ihre Möglichkeit auf. Der Kanzler berichtet — wie Friedrich II. — von einer ganz unvermuthet auftretenden Handlung des Frankfurter Tages, von einer Handlung, die nur von Anwesenden ausgehen konnte. Der berührte Gegensatz von „*electores*“ und „*principes*“ darf demnach nicht als Gegensatz „*Anwesender*“ und „*Nichtanwesender*“ aufgefasst werden. Indem wir aber auf die ältere Deutung zurückgehen, brauchen wir nicht an den unfruchtbaren Deuteleien theilzunehmen, welche in den Worten des Kanzlers ein politisches Zugeständnis an den auf Ausbildung eines Wahlkollegs bedachten Papst sehen u. dgl.³⁾. Allerdings:

¹⁾ Mon. Germ. Litt. saec. 13 B. 1, 93.

²⁾ Tannert, Vorstimmrecht S. 4; dagegen derselbe in Mitth. 5, 644.

³⁾ Auch Kirchhöfer 94 sieht in dieser Stelle eine Rücksicht auf die Anschauungen der Kurie.

glaubt man, hier seien einige Fürsten mit „electores“ bezeichnet worden, dann muss man in dieser Stelle den Hinweis auf die besondere Wahlbefugnis Weniger sehen, dann muss man annehmen, dass damals der Vorrang der Wähler vor den anderen Fürsten nicht mehr auf das Ehrenrecht des Vorstimmens, wie es der Sachsenspiegel erwähnt, beschränkt gewesen sei. Einer solchen Annahme widerspricht aber nicht nur der Sachsenspiegel, sondern auch andere Meldungen, die ein qualitativ gleichbeschaffenes Wahlrecht der Fürsten bezeugen ¹⁾. Wir müssen eine andere Erklärung suchen. Und wenn wir bedenken, dass damals noch mitunter die Bezeichnung „principes“ in einer weiteren, über den eigentlichen Reichsfürstenstand hinausreichenden Bedeutung angewandt wurde, so werden wir am besten für diese Stelle jene Deutung annehmen, welche Maurenbrecher S. 221 f. vorgeschlagen: mit „electores“ werden die allein wahlberechtigten Fürsten im engeren Sinne, den nicht mehr wahlberechtigten Grafen und Magnaten gegenübergestellt.

In dieser Weise gedeutet, böten die Worte im Briefe des Kanzlers zwar nicht den oft gerühmten Hinweis auf besondere Wahlfürsten aber doch das Zeugnis einer bedeutungsvollen Veränderung. Denn noch 1198 waren auch Grafen als vollberechtigte Wähler aufgetreten, jetzt sind es nur mehr die wirklichen Fürsten. Dies Zeugnis allein könnte allerdings nicht genügen, es müssen andere hinzukommen. Und es gibt solche.

Wie die Nachrichten über die Wahl Heinrichs VII., so wurde auch eine Meldung über Konrads IV. Erhebung zu Wien 1237 zu meist als Zeugnis für das Dasein einer engeren Gruppe von Wahlfürsten benützt. Die Marbacher Annalen berichten nämlich, dass die Erzbischöfe von Mainz und Trier, der König von Böhmen und der bairische Herzog, der zugleich rheinischer Pfalzgraf sei, Konrad gewählt haben — elegerunt, während die anderen in geringer Anzahl anwesenden Fürsten zustimmten — consentientibus ²⁾. In der That ist hier das Hervorheben von vier Grossen, die später Kurfürsten waren, überaus auffallend. Aber die beliebte Folgerung zu ziehen, ist gleich-

---

¹⁾ Ich verweise nur auf den Vertrag des Magdeburgers mit den brandenburgischen Markgrafen (Riedel 2^a, 8; vgl. Ficker, Mittheil. 3, 58), woraus zu sehen ist, dass der Magdeburger gleich dem Brandenburger im Jahre 1221 die Führung einer Wahlstimme beanspruchen durfte. Ferner auf die bekannte Aeusserung des Pfalzgrafen, der zugleich bairischer Herzog war, vom Jahre 1239 (Höfler, Albert v. Beham S. 16): vellem utrique voci renuntiare, videlicet palatii et ducatus.

²⁾ SS. 17, 178.

wohl unberechtigt. Denn dass die Worte „eligere“ und „consentire“ da, wo sie in einem gewissen Gegensatz gebraucht wurden, die Ausübung eines bedeutungsvollen und minder bedeutungsvollen Wahlrechtes ausdrückten, ist eine irrige Annahme, welche schon bei Betrachtung der Wahl von 1198 zu schiefen Auffassungen Anlass bot. Wo vielmehr die beiden Worte in einer gegensätzlichen Bedeutung angewandt erscheinen, da sollen sie gewöhnlich nicht eine qualitative Verschiedenheit der Wahlberechtigung, sondern eine verschiedenartige Ausübung des gleichen Rechtes andeuten, sollen das persönliche Wählen dem Wählen durch Bevollmächtigte oder dem nachträglichen Zustimmung gegenüberstellen. In diesem Sinne kann hier allerdings „consentire“ nicht gemeint sein, aber es ist durchaus nicht erforderlich, dass der Verfasser der Annalen überhaupt einen Gegensatz hervorheben wollte. Und dass dies wirklich nicht der Fall war, das lehrt ein Blick auf das Dekret dieser Wahl. Sieben Bischöfe, der Pfalzgraf, der Böhmenkönig, der thüringische Markgraf und der Herzog von Kärnthen erklären, Konrad gewählt zu haben, als „principes qui circa tot Romani senatus locum accepimus, qui patres et imperii lumina reputamur“ ¹⁾. Dies Wahldekret widerspricht nicht der Annahme, dass damals Vorwähler im Sinne des Sachsenspiegels thätig waren, weil die Voraussetzung, hier müsste die Reihenfolge der Abstimmung begegnen, gewiss für unbegründet zu gelten hat; aber es widerspricht in scharfer Weise jener beliebten Auslegung der Marbacher Annalen. Wir werden daher mit Lindner und Maurenbrecher die bestimmte Behauptung aufstellen, dass diese Nachricht als Meldung über die Fortbildung des Kurkollegs nicht zu betrachten sei.

Indessen glaube ich etwas anderes dem Wahldekret entnehmen zu dürfen. Wir wissen, dass ausser den in diesem Schriftstück genannten Herren, die sich als Wähler bezeichneten, noch der Patriarch von Aquileja, der Burggraf von Nürnberg, der Markgraf von Baden und andere Grafen anwesend waren ²⁾. Warum haben diese das Wahldekret nicht mit ausgestellt? Das wäre unerklärlich, wenn sie gleich den oben Genannten gewählt hätten. Und so muss denn die Beobachtung, dass alle in Wien anwesenden Grossen, welche dem Reichsfürstenstande angehörten, im Dekret als Wähler auftraten, dass es aber von den anderen bloss hiess: „interfuerunt et similiter patriarcha Aquileiensis et alii quam plures“, diese Beobachtung muss m. E. mit zwingender Nothwendigkeit zur Annahme leiten, dass nur die anwe-

¹⁾ Leges 2, 322. Ficker 4386.

²⁾ Vgl. die Zeugen bei Ficker 2215 ff.

senden Reichsfürsten gewählt hatten. Was 1220 noch nicht recht deutlich zu erkennen war, das erscheint hier bestimmt ausgesprochen: das Wahlrecht ist auf die Mitglieder des neuen Reichsfürstenstandes beschränkt.

Damit setzen wir uns mit Lindner in Widerspruch, der für diese Zeit die Fortdauer eines Wahlrechtes der Grafen behauptet. Nachrichten über die Wahl von 1247 dienen ihm vornehmlich als Stütze. Der Papst dankte nämlich mehreren Grossen und darunter auch den Grafen von Geldern und Los für die Mühewaltung bei Wilhelms Erhebung¹⁾. Einen Schluss auf das Wahlrecht der Grafen daraus zu ziehen, scheint mir nicht statthaft. Eines Grossen Mühewaltung für die Erhebung eines Königs setzt sein Wahlrecht nicht voraus. Schon die geleistete Anerkennung und Huldigung der beiden Grafen mochte den Papst zum Erlass besonderer Dankschreiben veranlasst haben. Nach den bestimmten Aussagen des Sachsenspiegels, der nur Fürsten als Wähler kennt, nach den Aussagen des Wahldekretes von 1237 und nach dem besprochenen Bericht von 1220 dürfen wir trotz Lindner daran festhalten: die Grafen hatten während der ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts das Wahlrecht verloren, welches sie noch 1198 ausgeübt.

Das ist das eine Moment, worin ich Lindner widersprechen zu müssen glaube. Aber die herrschende Ansicht geht ja viel weiter und meint Anzeichen gesehen zu haben, dass damals das eigentliche Schwergewicht des Wahlrechtes auf sechs oder sieben bevorzugte Fürsten verlegt wurde. Die Nachrichten über die Wahlen von 1220 und 1237 deuteten wir bereits in anderer Art. Aber die folgenden?

Am 26. April 1246 erging an die deutschen Erzbischöfe und an die anderen wahlberechtigten Fürsten ein päpstlicher Befehl, den Landgrafen von Thüringen einmüthig zum König zu wählen²⁾. Daraus folgerte man häufig, dass der Ansicht des römischen Stuhles gemäss die deutschen Bischöfe kein Wahlrecht besessen hätten. Lindner weist dagegen — und m. E. mit Recht — auf die Ueberlieferung dieses Schreibens in einem Register hin und auf die Möglichkeit einer bloss gekürzten Angabe der Adressaten. Wenn freilich Lindner S. 124 eine zweite Gruppe von Schreiben desselben Datums ins Feld führt, in denen

¹⁾ Mon. Germ. Ep. 2, 331, Ficker-Winkelmann 7903: *studium et sollicitudinem, quam in creatione . . . regis Rom. illustris habuisse noscimini.*

²⁾ Das Schreiben ist gerichtet an „*archiepiscopis et nobilibus viris aliis principibus Theutonie habentibus potestatem eligendi Rom. regem.*“ Diese fordert der Papst auf „*quatinus . . . eligatis.*“ Ep. 2, 120 n. 159, Ficker-Winkelmann 7609.

einzelne Fürsten — und zwar auch ein Bischof — aufgefordert werden, auf eine einmüthige Wahl hinzuwirken ¹⁾, so ist zu beachten, dass auch Nichtwähler mit solchen Schreiben bedacht werden konnten, dass aber jedenfalls auf gleichartige Wahlrechte der verschiedenen Empfänger nicht ohne weiteres zu schliessen ist.

Alles in allem erwogen, werden wir diese auf die Wahl Hermanns bezüglich Schreiben weder für, noch gegen die Annahme verwerthen können, dass man einzelnen fürstlichen Wahlstimmen besonderes Gewicht beizulegen pflegte.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen wir bei Betrachtung der Wahl des folgenden Jahres. Gewöhnlich hielt man die Worte des Papstes über Wilhelms Erhebung „*communi voto principum, qui in electione cesaris ius habere noscuntur . . . ceteris principibus applaudentibus est electus*“ für eine unzweideutige Nachricht vom Dasein einer engeren Gruppe der Wahlfürsten ²⁾. Lindner S. 128 erklärt dagegen die „*applaudentes principes*“ für die abwesenden und nur durch Bevollmächtigte vertretenen Fürsten, und mir scheint diese Deutung mindestens möglich zu sein.

Der päpstliche Brief aber enthält die einzige Aussage, die für unsere Frage bestimmend sein könnte. Denn die Berichte der Schriftsteller vermögen das in gleicher Weise nicht zu thun. Während die einen die grosse Masse der Anwesenden als Wähler nennen, ohne die eigentliche Wahlthätigkeit von der kollektiven Zustimmungserklärung zu sondern, heben die anderen eine Wirksamkeit besonders massgebender Wähler hervor, ohne der Mitwirkung aller Berechtigten zu gedenken. Wie die älteren Nachrichten, dass das gesammte Volk gewählt habe, nicht die sichere Erkenntnis trüben durfte, dass die Grossen allein wirklich wählten, so vermag auch die gelegentliche Erwähnung der *comites, barones etc.* als Theilnehmer an den späteren Wahlen unser bisher gewonnenes Ergebnis nicht zu erschüttern. So vorsichtig wir aber auch in der Verwerthung der schriftstellerischen Nachrichten sein müssen, so haben wir es gleichwohl als höchst bemerkenswerth hervorzuheben, dass die sächsische Weltchronik als Wähler Wilhelms die drei rheinischen Erzbischöfe allein anführt und dabei der Anwesenheit des Brabanter Herzogs als des einzigen Laienfürsten gedenkt ³⁾. Damit

¹⁾ Ep. 2, 121 n. 160, Ficker-Winkelmann 7610: „*. . . procuras, ut electio . . . unanimiter . . . celebretur*“.

²⁾ Aehnlich auch noch Kirchhöfer S. 124.

³⁾ Sächs. Weltchr. 397, Deutsch. Chr. II, 257 „*worden to rade de bischop van Megence unde de van Colne unde de van Triere, dat se koren van des pa-*

stimmt die Trierer Bisthumschronik überein, die von Wilhelms Wahl berichtet: „per memoratos Moguntinum, Treverensem et Coloniensem archiepiscopos presentibus ducibus comitibus et terre nobilibus pluribus . . in R. regem sollempniter est electus“¹⁾. Hier liegen doch Nachrichten von jener Umbildung vor, die uns bisher von keiner Seite angedeutet wurde. Bestätigt werden sie gewissermassen durch die Meldungen, welche sich auf Wilhelms Nachwahl zu Braunschweig 1252 beziehen.

Die gleichzeitigen Erfurter Annalen erzählen: Wilhelm sei vom Markgrafen von Brandenburg, vom sächsischen Herzog und den übrigen Magnaten dieses Gebietes feierlich zum König gewählt worden; zur selben Zeit habe Goslar ähnliches gethan — *cives Goslarienses fecerunt similiter*; auch der König von Böhmen habe ihn zum Zeichen der Wahl (in *signum electionis*) durch Uebersendung kostbarer Geschenke geelirt; später sei Wilhelm nach Merseburg gezogen und habe die Huldigung vom Magdeburger Erzbischof und vom Meissener Markgrafen empfangen²⁾. Bestätigt und ergänzt werden diese Nachrichten von einem Schreiben des päpstlichen Legaten an die Bischöfe von Schwerin und Havelberg, welches vom sächsischen Herzog und vom brandenburgischen Markgrafen meldet: „*electionem . . ratam habuerunt et gratam ac eundem in regem elegerunt unanimiter ad cautelam ac eidem fidelitatem et homagium . . prestiterunt*“³⁾.

Beiden Meldungen mass man gewöhnlich ausschlaggebende Wichtigkeit zu und sah daraufhin die Braunschweiger Wahl als Vorgang an, welcher der Entwicklung des Vorstimmrechts zum Kurrecht den grössten Vorschub geleistet habe. Lindner S. 128 ff. und mit ihm vielfach übereinstimmend Kirchhöfer S. 133 ff. verwerfen diese Ansicht. Soweit sie leugnen, dass die Nachricht der Erfurter Annalen von der Uebersendung böhmischer Geschenke auf ein Wahlvorrecht des Böhmenkönigs zu folgern gestatte, schliesse ich mich ihnen rückhaltlos an. Nicht so ganz bezüglich der anderen Einwände.

Lindner folgert nämlich: da die Annalen neben den beiden norddeutschen Fürsten auch die Magnaten als Wähler erwähnen, da sie auch von Goslar sagen, es habe ein Gleiches gethan, so sei ein besonderes Wahlrecht des Sachsen und des Brandenburgers damals nicht anzunehmen. Auch aus dem Schreiben des Legaten sei nichts

veses gebode den greven Willekine . . . Dat gescha bi Colne; dar ne was nen leien vorste, wane de hertoge van Brabant“.

¹⁾ Fassung B. der Gest. Trev. Cont. V. SS. 24, 411.

²⁾ SS. 16, 38. Ficker 5066b.

³⁾ Cod. Lub. 1^a, 168. Ficker 5068.

dergleichen zu folgern. Denn wenn wir in demselben hören, dass norddeutsche Städte Wilhelm die Anerkennung versagten unter Hinweis auf den Sachsenherzog und den Markgrafen, die dessen Wahl nicht zugestimmt hätten, so sei dieser Hinweis nicht als ein Rechtseinwand gegen die Giltigkeit der Wahl zu beurtheilen, sondern lediglich damit zu erklären, dass die norddeutschen Städte Rücksicht auf die mächtigsten Nachbarn genommen hätten.

Ein Punkt dieser Beweisführung, u. zw. der entscheidende, scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Wir dürfen nicht die Thätigkeit der beiden späteren Kurfürsten einerseits und die Goslars, des Markgrafen von Meissen und des Magdeburger Erzbischofs anderseits für gleichwerthig ansehen. Indem das Lindner ohne weiteres that, ward er an einer richtigen Würdigung der Wahl von 1252 gehindert. Wenn die Erfurter Annalen die Wahlthätigkeit der beiden Fürsten von derjenigen der Magnaten nicht unterscheiden, so kann das nur so gedeutet werden, dass eben — wie wir schon oben bemerkten — häufig von Schriftstellern die untergeordnete Mitwirkung weiterer Kreise auf Wahltagen mit derjenigen der eigentlichen Wähler zusammengefasst wurde. Von den beiden norddeutschen Fürsten wissen wir bestimmt, dass sie zu Braunschweig nicht bloss huldigten, sondern vorher wirklich wählten, von Goslar ebenso sicher, dass es nur huldigte. Das „similiter“ der Annalen weist demnach lediglich auf eine Aehnlichkeit des Vorganges hin und diese Aehnlichkeit lag in der Anerkennung. Aber auch der Markgraf von Meissen und der Magdeburger Erzbischof haben ihre Anerkennung Wilhelms lediglich durch die Huldigung zum Ausdrucke gebracht; wie schon vorher der Braunschweiger Herzog sich mit einer Anerkennung in dieser Form begnügt und — obwohl zu Braunschweig anwesend — an der Nachwahl vom 25. April offenbar nicht theilgenommen hatte.

Das sind Unterschiede, die wohl zu beachten sind und über die man nicht hinwegsehen darf. Warum wählten die beiden späteren Kurfürsten, während der Braunschweiger, der Meissener und der Magdeburger bloss huldigten? Der Legat sagte, die Wahl sei „ad cautelam“ geschehen, womit — wie Lindner richtig bemerkt — die Sicherung des Königthums gemeint war. Die anderen Fürsten, welche Wilhelm nachträglich anerkannten, brauchten demnach nicht zu dieser „cautela“ eine wirkliche Nachwahl auszuüben. Der Sachse und der Brandenburger treten im Jahre 1252 entschieden vor den anderen Standesgenossen des nördlichen Deutschlands als Fürsten hervor, auf deren wirkliche Wahl besonderes Gewicht gelegt wurde.

So mögen wir Lindner beipflichten in seinem Widerspruche gegen

die übertriebene Werthschätzung der Wahl von 1252, aber wir müssen ihm opponieren, da er diese Nachrichten als unbrauchbar ganz verwirft, wir müssen vielmehr in diesen Meldungen sichere Zeugnisse dafür sehen, dass man unter den fürstlichen Stimmen bereits sachlich bedeutsame Unterschiede zu machen begann. Und dem widersprechen keineswegs die Nachrichten über die der Doppelwahl von 1257 vorausgegangenen Vorgänge. Denn aus der Thatsache, dass die rheinischen Städte sich wegen der bevorstehenden Wahl an den Herzog von Braunschweig wandten, folgt wohl dessen Wahlbefugnis, nicht aber eine Gleichartigkeit seines Wahlrechtes mit dem anderer Fürsten.

Im Gegensatz zu Lindner fanden wir, dass die Kurrechte der kleinen Gruppe von Wahlfürsten nicht erst 1257 und gleichsam mit einem Schlage begründet wurden, sondern schon vorher allmählich entwickelt worden waren, dass nicht unvermittelt 1257 die Lehren der Theoretiker Aufnahme in das praktische Staatsrecht fanden, sondern dass schon vorher Theorie und Praxis, in lebendiger gegenseitiger Einwirkung, gemeinsam an einer Beantwortung der Frage nach der Beschaffenheit rechtmässiger Königswahlen gearbeitet hatten. Noch war 1257 das Wahlgeschäft keineswegs ausschliesslich auf die späteren Kurfürsten beschränkt, noch betheiligten sich damals Fürsten und Grosse an den Vorberathungen und selbst am feierlichen Wahlakt. Aber auf die Stimmen weniger Fürsten kam es allein an. Das formale Ehrenrecht des Vorstimmens war zum Kurrecht geworden, das einst massgebende Wahlrecht der anderen Theilnehmer dagegen zu einer bedeutungslosen Mitwirkung von Statisten herabgesunken. Nur mit Mainz, Köln und Pfalz liess Richard von Cornwallis wegen der Wahl verhandeln und Verträge schliessen — ein sicheres Zeugnis dafür, dass schon vor der Doppelwahl von 1257 die Anschauung vom Kurrecht der sieben Fürsten herrschte. Bei allen Erörterungen aber über die Rechtmässigkeit der Wahlen von 1257 galt es stets als unleugbare Voraussetzung, dass die Entscheidung sieben bevorzugten Wahlfürsten zustehe. Damit war zwar die Entwicklung noch nicht abgeschlossen, aber der wichtigste Schritt war gethan.

So werden wir Lindners Ausführungen über die Wahlen des 13. Jahrhunderts in manchen wichtigen Punkten theilen, im Hauptergebnis aber ablehnen.

Hier sollte die Kurfürstenfrage nicht eingehend behandelt, das Material nicht erschöpfend verwerthet, sondern nur das eine und andere Moment hervorgehoben werden, welches wegen seiner Beleuchtung durch neuere Arbeiten eine Erörterung herausforderte. Es sei mir nun schliesslich gestattet, die wichtigsten Punkte der Entwicklung

übersichtlich zu berühren und dabei meine subjektive Ansicht über die Hauptfragen des Problems zusammenfassend nochmals hervorzuheben.

Schon in früheren Jahrhunderten ward ein Unterschied zwischen eigentlichen Wählern und minderberechtigten Theilnehmern an der Königswahl gemacht. Die zahlreichen Fürsten wählten, indem sie einzeln ihre Willensmeinung durch Nomination des neuen Königs zum Ausdrucke brachten, das versammelte Volk gab seine Zustimmung durch gemeinsamen Zuruf kund.

Bei der Abstimmung gingen anfangs alle geistlichen Wähler den weltlichen voran. Das war nachweislich noch am Ende des 11. Jahrhunderts der Fall. Im 13. Jahrhundert aber war die alte Reihenfolge verändert: drei geistliche und drei oder vier weltliche Fürsten genossen das Vorrecht, vor allen anderen die Stimme abzugeben. Und diesen Vorrang bei der feierlichen Wahl scheint der Vorzug geschaffen zu haben, den diese Fürsten zuerst bei der Krönungsfeier besaßen. Wann diese Veränderung erfolgte, bleibt unbestimmt. Vielleicht schon im 12. Jahrhundert, vielleicht aber erst zu der Zeit, da man sich in Theorie und Praxis damit beschäftigte, wie eine einheitliche Königswahl stattzufinden habe. Und das letztere scheint mir fast das wahrscheinlichere zu sein. Solange der Gedanke an erbliche Thronfolge noch nicht vollständig überwunden war, bot die Frage nach Wahlrecht und Wahlverfahren wenig Interesse. Erst als nach Heinrichs VI. Tode und nach dem Scheitern des grossartigen Versuches einer Verfassungsreform das freie Wahlrecht der Deutschen zu ungehemmter und dauernder Entfaltung gelangt war, erst da kamen die Fragen der Wahlberechtigung und des Wahlverfahrens gleichsam in Fluss. Das Problem, wie eine allgemein giltige Königswahl stattzufinden habe, musste jetzt gelöst werden.

Aber nur wenig Vorbereitungen waren vorhanden. Die Unsicherheit aller Verhältnisse zeigten besonders deutlich die Wahlen von 1198 und die Erörterungen, die man an diese Ereignisse anknüpfte. Kannte man doch nicht einmal den Grundsatz, dass das Ergebnis einer rechtmässigen Wahl verbindlich sei für alle Unterthanen des Reiches. Und wie konnte ein solcher Grundsatz gelten, da über Wahlberechtigung und Wahlverfahren volle Unklarheit herrschte?

Der Individualismus, der sich auch bei den Königswahlen breit machte, konnte nur dadurch überwunden werden, dass über Wahlberechtigung und Wahlverfahren feste Bestimmungen getroffen wurden. Kein Reichsgesetz erledigte diese Frage, sondern die gewohnheitsmässige Rechtsbildung. Aber das Bedürfnis nach einer Erledigung war so stark, dass diese verhältnismässig rasch gefunden wurde. Und

man schuf dabei durchaus neue Einrichtungen offenbar unter der Fiktion einer blossen Erneuerung alter. Das hat auch sonst mitunter im deutschen Verfassungsleben das Einströmen neuer Bildungen wesentlich erleichtert. So konnte im Laufe weniger Jahrzehnte eine Verfassungsbildung entstehen, welche eine grundlegende Neuerung enthielt. Das Problem, welches durch das Hervortreten des freien Wahlrechtes am Ende des 12. Jahrhunderts aufgeworfen worden, hatte seine Lösung im ausschliesslichen Wahlrecht der sieben bevorzugten Fürsten gefunden.

Manches im Entwicklungsgange dieser Lösung ist unklar und wird unklar bleiben, aber insoferne lassen sich doch die Grundlinien desselben deutlich wahrnehmen, als wir beobachten zu dürfen glaubten, dass gleichsam zwei Stufen der Entwicklung im 13. Jahrhundert zu unterscheiden sind, dass zuerst eine Beschränkung der Wahlberechtigung auf die Reichsfürsten stattfand, dass daraufhin ein Unterschied in der Wahlberechtigung der Fürsten gemacht und jenen, welchen ein Ehrenrecht bei der feierlichen Wahl — vielleicht schon von früher her — zustand, ein besseres und schliesslich das alleinige Recht der Wahl zugesprochen wurde.

Diese letztere Bildung hängt mit einer allgemeinen oligarchischen Strömung im deutschen Verfassungsleben dieses Zeitalters zusammen. Warum es aber gerade diese Sieben waren, denen die Gerechtsame der Kurfürsten zukamen, das ist nicht mit ihrer grösseren Macht, das ist auch nicht mit dem Bedürfnis nach einer gleichmässigen Vertretung der Stämme oder verschiedenartiger Reichsgebiete im Kurkolleg zu rechtfertigen. Die oligarchische Bildung hat vielmehr hier an das anfangs bedeutungslose Ehrenrecht des Vorstimmens angeknüpft. Günstige Umstände aber, welche wenigstens einige der mächtigsten Fürstentümern gerade damals ausser Mitbewerb stellten, haben es wesentlich erleichtert, dass widerspruchslos die oligarchische Bildung in Anlehnung an das Vorstimmrecht der Sieben erfolgen konnte.